

# Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 L.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierstellige Zeile 60 Pf.,  
Stellengruppe 40 Pf., für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Veram-  
lungsanzeigen zc. 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 44.

Berlin, den 26. Oktober 1912.

28. Jahrgang.

## Die Entfaltung einer intensiven Agitation ist unsere heiligste Pflicht!

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Leitfaden für Haus- und Werkstatt-Agitation ist in der abgelaufenen Woche an alle Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden. Das Büchlein soll als Anleitung bei der Agitationsarbeit dienen und allen darin tätigen Mitgliedern kostenlos ausgehändigt werden. Wir bitten um recht eifrige Benutzung desselben.

2. Bei Zusendung des Leitfadens haben wir auch einige Exemplare einer von der General-Kommission herausgegebenen Agitationschrift für Arbeiterinnen beigelegt. Dieselbe kann in jeder beliebigen Anzahl unentgeltlich von uns bezogen werden und sehen wir Bestellungen darauf möglichst bald entgegen.

3. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt sind in diesen Tagen an die Bevollmächtigten der Gaue sowie an die Kassierer der Zahlstellen versandt worden. Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Mitteilung, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 26. Oktober in Betracht. Die Ausfüllung der Berichtskarten darf daher nicht vor diesem Tage, sondern erst nach dem 26. Oktober erfolgen und sind die Karten dann sofort an uns einzusenden. Berichtskarten, die nicht spätestens am 8. November bei uns eintreffen, können für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden.

4. Das Mitglied Otto Riedel aus Zangenberg wird ersucht, sein Mitgliedsbuch Nr. 100 180 an die Zahlstelle Nürnberg-Fürth einzusenden.

5. Ausgeschlossen auf Grund des § 16 b des Statuts wurde in Berlin die Galanteriearbeiterin Anna Wagner aus Kruschütz (B.-Nr. 118 635).

Der Verbandsvorstand.

### Kapitalistischer Organisationszwang.

Wiederholt schon haben wir hingewiesen auf die unerbittliche, um nicht zu sagen unerschämte Art, in der die um die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ gruppierten Scharfmacher nach einem verstärkten „Arbeitswilligerschutz“ schreien. Da scheint es einmal angebracht, an der Hand einiger Beispiele aus der Praxis zu zeigen, in welcher rigorosen Weise die kapitalistischen Organisationen den Organisationszwang ausüben und wie das heiße Verlangen nach harter Bestrafung des organisatorischen Terroris viel eher begründet werden könnte mit dem Vorgehen der Unternehmer gegen diejenigen aus ihrer eigenen Reihe, die sich ihren organisatorischen Zwangsmaßnahmen nicht bedingungslos fügen wollten.

Auf mancherlei Art wissen die Unternehmerkarte ihre organisationsunlustigen Berufsgenossen sich gefügig zu machen. Da ist zunächst das Mittel der Materialsperrre. Ist dem Organisationsunlustigen der Bezug von Rohmaterial ganz unterbunden oder auch nur unter schlechteren Bedingungen als den Kartellgenossen möglich, dann muß er sich in den meisten Fällen dem Kartell unterwerfen oder er wird geschäftlich ruiniert. Die Sagen von der Spirituszentrale, der der konservative Abgeordnete Kretsch, ein Hauptstreiter über „sozialdemokratischen Terrorismus“, sehr nahe steht, bestimmen, daß die kartellierten Brenner ihren Rohspiritus nur durch die Zentrale „verwerten“ lassen dürfen. Die Zentrale sorgt dann für die Abgabe von Rohspiritus nur an solche Verbraucher, die sich den Kartellbedingungen unterwerfen. Wer sich von den Brennern nicht fügen würde, hätte neben wirtschaftlicher Schädigung auch Berufszerklärung zu erwarten. Als es sich 1899 um die Organisierung der Brenner handelte, da schrieb die „Agrar-Korrespondenz“ (Nr. 8 1899):

„Der deutsche Brenner, der den Beitritt zur Gesellschaft verweigert, verdirbt den Anspruch auf berufliche Achtung. Man sollte diese Herren für immer stigmatisieren. (Sigma: Brandmal. D. Red.) Auch wäre solch ein feiner Herr, wenn man später seinen Geldbeutel recht herb angreift, fühlbarer gestraft, als durch das sowieso ihm gebührende Pfui!“

Dieser flagranteste Verstoß gegen den § 153 der Reichs-Gewerbeordnung konnte geschehen, ohne daß die Behörde dagegen einschritt, während Arbeiter für ein den „Arbeitswilligen“ zugeordnetes Pfui wochenlang ins Gefängnis geworfen werden. Der Buchhändler-Wörtenverein verbietet seinen Mitgliedern, an Buchhändler oder Wiederverkäufer, die sich den Kartellbestimmungen nicht unterwerfen, „gar nicht oder nur mit verkürztem Rabatt zu liefern“. Schon die Rabattklausel bedeutet für den wirtschaftlich schwach gestellten Sortimenter den geschäftlichen Ruin infolge der Lieferungsperre. Der Verband deutscher Stahlflaschenfabrikanten verpflichtet seine Mitglieder, sofern sie nicht selber das zur Flaschenfabrikation benötigte Halbzeug herstellen, es ausschließlich von den Verbandswerken zu beziehen, und verbietet, solches Material an Nichtverbandsmitglieder zu liefern. Das Syndikat der Seifenfabriken zwang die organisationsunlustigen Fabrikanten durch Sperrung des Bezuges von Rohstoffen, Öl, Salz, Soda zum Anschluß an das Syndikat. Zwischen dem Salinen Syndikat und dem Verband der Berliner Großhändler besteht ein Vertrag auf ausschließliche Salzlieferung; dergleichen zwischen dem Kartell der Gummi-fabriken und den Großhändlern über die Preis-erhöhungen für Lieferungen an Nichtmitglieder, wenn diese überhaupt beliefert werden. Mehrfach bestehen zwischen Vereinigungen von Bauunternehmern und Baumaterialfabriken Verträge dergleichen, daß nichtorganisierten Bauweitem kein Stahl, Holz, Eisen und Zement usw. geliefert wird, wo hingegen sich die betreffenden Baumeisterkartelle

verpflichten, nur von den organisierten Fabrikanten zu kaufen. Diesen „ausschließlichen Verbandsüberlehr“ haben eine ganze Reihe beruflicher Unternehmervereinigungen eingerichtet, um die nichtorganisierten Unternehmer zu zwingen, diesen Vereinigungen beizutreten.

Ein anderes Mittel zur Vervollständigung der kapitalistischen Kartelle ist die Sperre der Zufuhr- und Absatzwege und dann die Sperre des Absatzes überhaupt. Durch seine Verbindung mit dem „Kohlenkontor“ in Wülheim a. d. Ruhr, das sich direkt und indirekt die Kohlenverschiffung auf dem Rhein unterstellt hat, vermochte das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat auch den größten Teil seines Verbandes per Schiff zu monopolisieren. Dazu kommt noch, daß dieses Syndikat sich eine von ihm durchaus abhängige Händlerorganisation geschaffen hat. Die „Kohlenhandels-Gesellschaft, G. m. b. H.“ in Bremen, Hannover, Magdeburg, Kassel, Dortmund, Berlin, Hamburg sind nichts weiter als Unterabteilungen des Kohlen-Syndikats. Dieses bestimmt sogar, welche Händler in die Verbände aufgenommen werden dürfen, übt also einen positiven und negativen Organisationszwang aus. Bekanntlich sind gerade die Besessensyndikatsherren die lautesten Auser nach Ausnahmegesetzen — für „Freiheit des Organisationsrechtes“!!!

Sehr häufig wird der Organisationszwang ausgedehnt durch die Vorchrift, der Unternehmer dürfe nur bei dem betreffenden Syndikat kaufen (Erlaßauskauf), sofern er Anspruch auf Vorzugsbedingungen haben wolle. Für den Fall, daß bei Unorganisierten (Außenseibern) gekauft wird, tritt eine hohe Konditionalstrafe, event. sogar völlige Lieferungsperre ein. Umgekehrt werden den ausschließlichen Syndikatskunden „Teuerabatte“ verschiedener Art gewährt. Auf diese Weise werden auch an den Organisationsstreitigkeiten unbeteiligte Dritte indirekt zu einem Druck auf die Außenseiber gebracht. Das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat bindet seine Kunden bei einer Konditionalstrafe von 5 Mk. für je 140 Hektoliter Kohle und eine Tonne Koks „weder Bricketts noch Maßpreßsteine, noch Braunkohle aufliegender Werke zu kaufen, zu vertreiben, überhaupt deren Absatz weder mittelbar noch unmittelbar zu fördern“. Die Vereinigung deutscher Gaswerke verpflichtet ihre weiterverkaufenden Abnehmer, keinen Koks von nichtsyndizierten Gaswerken abzusetzen. Das Rheinisch-westfälische Zement-Syndikat begünstigt die Mitglieder des Bauunternehmerverbandes, die sich zum ausschließlichen Bezug vom Syndikat verpflichten, mit Anrechnung von 10 Mk. Abzug pro Wagon. Ähnliche Vorzugsbestimmungen enthalten die Lieferungsverträge des Druckpapier-Syndikats, der Konvention photographischer Reproduktionsanstalten, des Verbandes der Seifenfabrikeren zu Krefeld usw. Auf diese Weise arbeitet ein Kartell dem anderen in die Hände; die organisationsunlustigen Fachgenossen werden förmlich in eine Zwickmühle genommen, bis sie sich, um den fortgesetzten systematischen Geschäftsschädigungen zu ent-

gehen, dem Kartell anzuschließen. Wo es sich um entsprechend große Objekte handelt, da zwingt man die Störigen durch Entziehung des Bankkredits in das Syndikat hinein oder kauft den betr. Außenseiter auf. Für die Ausübung des letztgenannten Zwangsmittels sammeln entweder die Kartellzentralen selbst, wie es beispielsweise beim Zuckersyndikat geschah, oder die einzelnen Syndikatswerke, beispielsweise die Weißblechfabrikanten und die alten Kallwerke, Kampffonds auf. Typisch für das Vorgehen der Syndikatswerke gegen einen „arbeitswilligen“ starken Außenseiter ist der Fall Stahlwerksverband kontra „Rhönig“ geworden. Ohne die „Rhönig“ hätte der Stahlwerksverband keinen langen Bestand gehabt. Ihre Direktion weigerte sich mit Rücksicht auf die spezielle Situation des Werkes, dem Stahlwerksverband beizutreten. Darauf kauften die mit den koalitionsunfähigen Hüttenwerken verbündeten Großbanken, insbesondere die Distanzgesellschaft, das Bankhaus Sal. Oppenheim jun. und der Schaffhauser Bankverein unterbehand so viel Rhönigaktien, bis sie die Mehrheit hatten. Nunmehr beschloß die Generalversammlung der „Rhönig“ gegen den Rat des Werksdirektors den Beitritt zum Stahlwerksverband. Dem brüchig gewordenen Nordwestdeutschen Zementsyndikat half die Dresdner Bank, indem sie den Außenseiter die Kreditentziehung in Aussicht stellte.

Von einer anderen Art des Zwanges zum Kartellbeitritt, der geschäftlichen und privaten Verächtlichmachung (Berufserklärung), kommt verhältnismäßig wenig zur öffentlichen Kenntnis, weil die Internermerkartelle infolge der meist kleinen Zahl der Mitglieder ihre Dispositionen streng vertraulich treffen können. Sie brauchen nicht, wie die Lohnarbeiter und Angestellten, öffentliche Werbeveranstaltungen abzuhalten; Zirkularschreiben genügen zur Informierung der Fachgenossen. Wenn Interessentenversammlungen stattfinden, dann sind sie meist vertraulicher Natur, und die oft scharfen persönlichen Auseinandersetzungen gelangen sehr selten zur Kenntnis des breiten Publikums. Bei den Gewerkschaften liegt das natürliche Bedürfnis vor, sich öffentlich an eine möglichst große Masse der Berufscollegen zu wenden; darum finden auch die etwaigen Zusammenstöße zwischen den Organisations- und den Organisationsunfähigen hier unter der Kontrolle der Öffentlichkeit statt. So sind die im Streit befindlichen Gewerkschaften auf die Kontrolle der „Arbeitswilligen“ durch Streikposten angewiesen, während sich die weit scharfere Überwachung der „arbeitswilligen“ Außenseiter im Internermerlager durchaus heimlich, oft nicht einmal dem Überwachenden kenntlich, vollzieht. Daß es aber an scharfen Berufserklärungen, geschäftlicher und gesellschaftlicher Achtung der Widerstrebenden durch die kapitalistischen Kartelle, ja selbst an öffentlichen Beschimpfungen nicht fehlt, das zeigt u. a. auch die oben zitierte Auslassung der „Agrar-Korrespondenz“.

Dies alles aber beweist, daß jedenfalls ein hohes Maß von Ungerechtigkeit, ja Heuchelei dazu gehört, von dem Mangel an sozialpolitischer Einsicht ganz zu schweigen, wenn die kartellierten Unternehmern in einem fort nach „Schutz der Arbeitswilligen“ gegen den gewerkschaftlichen Terrorismus“ schreien, wo doch die von den Arbeiterorganisationen wirklich ausgeübten, durchaus gesetzlichen Organisationsmittel nicht entfernt so drückend wirken können, wie die von den kapitalistischen Kartellen gegen die Außenseiter systematisch angewandten Zwangsmittel. Wenn irgendwo, dann trifft auf die nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterverbände rufenden kapitalistischen Syndikatskassen die Warnung zu: „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“

### Einigkeit.

Einigkeit und Solidarität sind die ersten Erfordernisse in allen gewerkschaftlichen Unternehmungen. Ohne diese beiden Erscheinungen wäre es nie gelungen, die Gewerkschaften auf den gegenwärtigen Stand zu bringen; nur durch sie war es uns trotz aller Schikanen, trotz aller bestehenden und noch in Aussicht stehenden Ausnahmegeetze möglich, an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung und in bester Blüte zu stehen. Denn nur das Gute bricht sich Bahn! Die gewaltige Ueberlegenheit der freien deutschen Gewerkschaften tritt aus nachstehenden Zahlen deutlich hervor. Am Schlusse des Vorjahres zählten in Deutschland die freien Gewerkschaften 2400 018 Mitglieder, die Kirch-Dunderschen 107 743, die Christlichen 350 574, die unabhängigen und Lokalorganisationen 771 068 und die Gelben 162 262 Mitglieder. Wie weit die Leistungsfähigkeit jeder einzelnen der angeführten Gewerkschaftsgruppen geht, braucht man nicht erst zu sagen. Mit der Stärke einer Gewerkschaft wächst auch die Schlagkraft derselben und wie überall, so bleibt auch hier die Entwicklung nicht stille stehen: Auch bei den freien Gewerkschaften wird kein Stillstand eintreten. Vorwärts und aufwärts geht der Krieg zu fortgesetzt neuen Taten und Erfolgen! Um dieses weitere Vordringen uns zu ermöglichen, müssen Einigkeit und Solidarität wie bisher unsere steten Begleiter sein. Warum? Ein einzelner Arbeiter ist dem Kapital gegenüber machtlos, aber geschlossen sind wir eine Mauer, eine Feste!

Es ist nun leider richtig, daß man mitunter Zweifel gegen muß darüber, ob die Erkenntnis von der Notwendigkeit dieser ersten und ersten Erfordernisse in unserem Gewerkschaftsleben sich überall durchgesetzt hat. In manchen Zahlstellen, Werkstuben oder zwischen einzelnen Kollegen pflegen oftmals heftige Auseinandersetzungen stattzufinden um Dinge, die mit unseren gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht das geringste zu tun haben. Abgesehen von der manchmal ungeschönten Art der Austragung solcher Differenzen dürfen diese selbst doch niemals irgendwelchen größeren Einfluß auf unsere gewerkschaftliche Betätigung ausüben. Die ersten Erfordernisse zu derselben, die proletarische Einigkeit und Solidarität, müssen zu jeder Zeit makellos bestehen.

Es soll aber damit durchaus nicht gesagt sein, daß wir Auseinandersetzungen unbedingt aus dem Wege gehen müssen. Nur Schmutz und zweifelhafte Annurje sollen nicht unsere Kampfmittel sein und die erschöpfte und erschente Zersplitterung in unseren Organisationen dadurch nicht herbeigeführt werden. Die Streitigkeiten sind meist von ganz harmloser, geringer Ursache und in der Regel rein ungewerkschaftlicher Natur. Doch sie hindern sehr oft das Wüthen und Gedeihen unserer Bewegung, denn ebenso oft überträgt man solche Streitereien auf diese und bringt damit Mißmut in unsere Funktionäre. Doch wie eine Schwalbe noch lange keinen Sommer macht, so ein oder mehrere Kollegen noch keine Gewerkschaft. Klassenbewußtsein, Solidarität und Einigkeit werden durch einen einzelnen Kollegen nicht aus unserer Bewegung gebracht, ja keine Macht der Erde ist imstande, die einmal gefaßte und als berechtigt anerkannte Idee der Arbeiter, die in den genannten Eigenschaften wurzelt, aus ihrer Form zu bringen. Für Störenfriede ist in unseren Organisationen kein Raum! Viel eher wird man die Konsequenz hieraus ziehen und solche ohne viel Federlesen beseitigen, als daß man zusehen sollte, wie sie uns Schaden bringen.

Wenn also zuweilen in Zahlstellen oder Werkstuben Auseinandersetzungen zu verzeichnen sind, bei denen sich Kollegen „die Wahrheit sagen“ in rein privaten Dingen, so mögen diese vielfach kleinlich und engherzig sein, sie dürfen aber kein Anlaß sein, die Differenzen auf das Verbandsleben zu übertragen. In der Gewerkschaft haben wir bedingungslos einig und geschlossen zu sein. Denn nur dadurch bieten wir unseren Gegnern, deren wir ja auch unter den eigenen Kollegen noch so viele haben und die begierig auf Beute lauern, aber nur im Dunkeln fischen können, weil ihnen alle Anhaltspunkte fehlen, keine Gelegenheit, solche rein privaten und nichtsagende Auseinandersetzungen auszunutzen. Von den einmütigen Arbeiten und Schaffen in Werkstuben, Zahlstellen und kleineren Kreisen hängen unsere Fortschritte und Erfolge ab. Einestheils tragen sachlich und anregend gehaltene Versammlungen dazu bei, regen und zahlreichen Besuch herbeizuführen und zu erhalten und andernteils wird dadurch eine ebenso große und wichtige Begleiterscheinung der Einigkeit, die Kollegialität und Geselligkeit, gehoben, gepflegt und verbreitet. Gerade auf die Kollegialität und Geselligkeit in Werkstuben und Zahlstellen oder auch unter den Kollegen außerhalb ihres beruflichen Wirkungskreises muß große Auf-

merksamkeit gerichtet werden. Denn wenn Kollegen sich einmal streiten oder unter sich ein tiefergehendes Zerwürfnis haben, so darf dies keinen Einfluß auf unsere Bewegung haben. Es liegt keinerlei Veranlassung vor, der Organisation den Rücken zu kehren und damit zugleich seine alten und guten Rechte um vorübergehender Differenzen willen zu opfern. Zank und Streit einzelner Personen ist kein Grund zu einem Austritt aus dem Verband. Leider ist es aber noch eine — bornehmlich in kleineren Zahlstellen — sehr verbreitete Ansicht, daß bei solchen geringfügigen Vorfallmissen alle gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten ohne Besinnen preisgegeben werden.

Vielsach sind diejenigen, die so fühlen und handeln, nur die Opfer des bürgerlichen Vereinszwanges, in dem sie noch hängen und auch bleiben möchten, wo aber oft Bedingung ist, daß nur Unorganisierte eine bleibende Stätte da finden können. Solche Kollegen müssen eben vor die Entscheidung gestellt werden: Vergnügungsverein oder Gewerkschaft. Bei guter Belehrung und Klarlegung aller Umstände wird da manches Mitglied zu erhalten, besser gesagt, erst richtig zu gewinnen sein. Denn allen nüchtern denkenden Menschen muß heute das Leben, der Kampf ums Dasein viel zu viel Gewissenswiderin sein, als daß sie um bürgerlicher Vereinspielereien halber ihre Gewerkschaft fahren lassen. Vereinskram, gleichviel ob sportlicher, turnerischer oder gesanglicher Natur, ist nicht in Vergleich zu stellen mit der Notwendigkeit der Gewerkschaft und können demzufolge auch Differenzen aus ihm nicht in der Gewerkschaft zum Austrag gebracht werden. Jeder Gewerkschaftler kennt die Grundsätze, um die sich das Rad der modernen Arbeiterbewegung dreht, jeder muß von dessen Bestrebungen unterrichtet sein. Alle müssen sich das Bild gegenwärtigen, das sich zeigen würde, wenn Einigkeit nicht mit uns wäre. Da würde sich der Schluß ergeben, daß wir als Gewerkschaftler auch nicht wären, denn ohne Einigkeit können wir nicht bestehen. Infolgedessen muß sie mit uns und unter uns sein, damit wir vereint mit ihr eine eiserne Kette bilden, bei der sich Glied an Glied reiht, durchdrungen von einem einzigen Gedanken und befehl, zu kämpfen und zu ringen, bis unsere Fesseln zerbrochen sind und unser Los ein besseres wird.

Kollegen, bedenket, daß die Einigkeit unser Halt ist, bedenket, daß Einigkeit nur stark macht und daß diese darum nicht durch unnötige Auseinandersetzungen privater Natur erschüttert werden darf. Unsere moderne Arbeiterbewegung muß sich noch weite Kreise erringen, sie muß sich zu einer Macht gestalten, die alle Hemmnisse überwindet. Galtet euer einziges Recht, das Koalitionsrecht heilig. Arbeitet und agitiert in den Werkstuben und Zahlstellen intensiv und sachlich, damit wir in Einigkeit und Harmonie als Kämpfer und Förderer unserer Interessen selbst mithelfen, unser Leben menschenwürdig zu gestalten. R. W.

### Aus unserem Beruf.

#### Streiflichter aus der Luxuspapierbranche.

Die Folgen einer in der Luxuspapierbranche nicht seltenen Preisunterbietung zeigt der diesjährige Geschäftsschluß der Firma Schwertfeger u. Co., A.-G. in Berlin, der mit einem Defizit von rund 82 000 Mk. abschließt. Wie in verschiedenen anderen Berichten der Luxuspapierfabrikanten und neulich von der Firma Hagelberg auch an dieser Stelle berichtet wurde, wird auch hier dem Steinbruderpreis in erster Linie die Schuld an dem Defizit beigemessen, eine Ursache, die die halsstarrigen Unternehmer sich selbst zuzuschreiben haben. Dann wird aber noch hier der heftige Preiskampf bezw. die gegenseitigen Preisunterbietungen, die in der letzten Zeit durch den Zusammenbruch der Postkartenkontention herbeigeführt worden seien, für das Defizit verantwortlich gemacht.

Dieser letztere Hinweis auf die gegenseitige Schmutzkonkurrenz entbehrt aber gerade bei der Firma Schwertfeger nicht des interessanten Beigeschmacks. War es doch gerade die Firma Schwertfeger, über die sich seinerzeit auf der Leipziger Messe ein Sturm der Entrüstung aller Luxuspapierfabrikanten ergoß, weil sie durch kolossale Preisunterbietungen Millionenaufträge der Messe an sich riß, so daß die anderen dann das Nachsehen hatten. Als Herr Hamburger dann von seinen Kollegen gar zu sehr in die Enge getrieben wurde, rückte er mit dem Geständnis heraus, daß es sich gar nicht um Blattgoldarten handele, sondern um eine diesem Verfahren ähnliche Nachahmung, die sich jedoch erheblich

\*\*\*\*\*

**Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“**  
**wirft man nicht fort, sondern gibt sie**  
**: an nichtorganisierte Kollegen weiter. :**

\*\*\*\*\*



billiger stellte. Gemeint war das damals mit so vielem Lament angekündigte Bronzeheftdruckverfahren, mit dem man allgemein jetzt ein ziemliches Fiasco erlitten hat. Es wurde Herrn Hamburger infolge dessen auf der darauf stattfindenden Generalversammlung des Schutzverbandes der Postkartenindustrie in ziemlich unerblickter Weise der Vorwurf einer großen Täuschung seiner Kunden gemacht, da nach dem von der Firma Schwertfeger versandten Zirkular jeder annehmen mußte, daß es sich um den bisherigen Golddruck handele. Und der Vorsitzende, Herr Krämer, wies auf die weitere nicht uninteressante Tatsache hin, daß es gerade Herr Hamburger war, mit dem er gegen eine Bronzsilberkartenfirma öffentlich vorgegangen sei, weil diese so handelte, wie jetzt Herr Hamburger. Trotz dieser scharfen Zusammenhänge wurden die Gegenstände etwas überleitet und die so oft ins Bankrott getratene Preisconvention wieder gerettet.

Das alles verschweigt des Sängers Höflichkeit, wenn er seine Kritiken über schlechten Geschäftsgang, schädigende Zollpolitik, Streikbewegungen der Arbeiter usw. in allen Variationen in den Geschäftsberichten einfließt. Trotz der schlechten Geschäftslage aber hat man immer noch so viel übrig, um den Verrätern der Arbeiter, den lieben Arbeitswilligen, seine Extrazugwendungen zu machen. So ist es bei der Firma Schwertfeger wie bei anderen Firmen. Und dann prahlt man in der Öffentlichkeit mit dem „Wohlfahrtseinrichtungen“, für die man so und soviel Tausende im Jahre ausgegeben hat und die bei der Firma Schwertfeger beispielsweise im vorletzten Geschäftsbericht die Summe von 15 000 Mk. erreichen. Nur schade, daß die große Masse der Beschäftigten nichts von diesen „Wohlfahrtseinrichtungen“ hat. Vielmehr haben nur die feinerzeit beim Streik Stehendgebliebenen und als Arbeitswillige Eingetretenen eine Weihnachtsgatifikation erhalten.

Nur ein Bestehen kennt man jetzt allgemein, „die Herstellungskosten“, zu deutsch Arbeiterlöhne, herabzusetzen. Überall Abzüge, Preisreduzierungen, Verdrängen der teureren Männer durch die billigere Frauenarbeit. Die wiederholte Behauptung der Fabrikanten in ihren Berichten und Versammlungen, daß die Steigerung der Arbeiterlöhne eine erhebliche Erhöhung der Herstellungskosten verursache, müssen wir für unsere Berufsangehörigen als eine Unwahrheit ganz energisch zurückweisen. So wurde in dem eingangs erwähnten Geschäftsbericht der Firma Hagelberg ebenfalls auch dieses Moment angeführt, und gerade bei Hagelberg macht sich seit einiger Zeit ein starkes Bestreben geltend, die ganz jammervollen Löhne der Arbeiterinnen noch mehr herabzudrücken. Und dank der Kreaturen, die dumm und willig mit ihrer Gesundheit Raubbau treiben, ihre Arbeitskraft bis zur Erschöpfung auszunutzen, findet die Firma dadurch nur zu gute, wenn auch nicht gerade anständige Unterstützung durch einen Teil ihrer Arbeiter selbst. Uns will scheinen, als ob viel mehr die vielen unnötigen Aufseher, Meister, Vizemeister, Abteilungsvorsteher, technischen Leiter, Direktoren und Unterdirektoren zu der „Erhöhung der Herstellungskosten“ beitragen als die sprichwörtlich schlechten Löhne der Arbeiterchaft. Soll doch beispielsweise der verstorbene Direktor Herr Dr. Gerschel ein Jahresgehalt von 50 000 Mk. gehabt haben. Seine Arbeiterinnen aber wären froh, wenn 50 von ihnen zusammen ein solches Jahreseinkommen hätten.

Wir haben deshalb von jeher gegenüber den von den Unternehmern veröffentlichten Berichten ein starkes Mißtrauen und um so mehr, wenn sie sich mit der Arbeiterchaft beschäftigen. In dieser Ansicht werden wir auch bestärkt durch eine jüngst in die Presse lancierte Notiz der Firma A. Kneffeld, Plakatfabrik und Prägenanstalt, die am 1. Oktober ihr 25jähriges Bestehen feierte oder nach der Notiz wenigstens feiern wollte. Es wurde das gute Einvernehmen zwischen Arbeiterchaft und Prinzipal betont, das daraus herborging, daß die Arbeiter zum großen Teil schon 10 bis 15 Jahre im Betriebe tätig seien. Von der so in der Öffentlichkeit abfertigten Jubiläumfeier haben aber die Beschäftigten weder etwas zu hören noch zu sehen bekommen, wie überhaupt der Chef seit einiger Zeit auf sie nicht gut zu sprechen sein soll. Und der Grund ist, daß die Beschäftigten entgegen seinem Willen vor einiger Zeit einstimmig beschlossen, einem tödlich verunglückten Kollegen die Ehre zu erwirken. Wenn auch gesagt werden

muß, daß die Arbeiterchaft bei der Firma einen einigermaßen auskömmlichen Verdienst erzielt, so muß doch betont werden, daß es sich um gut eingearbeitete Arbeitskräfte handelt und viele, die nicht eine ausnahmsweise schnelle Handfertigkeit besaßen, bald aufhören mußten, weil sie mit den Affordpreisen nicht zurecht kamen. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß die Firma Kneffeld auch zu denen zählt, die die Preise zu drücken bemüht sind.

**Lehrlingsausbeutung und Handwerkskammer.**

Wegen der von der Firma G. Schentalski nachfolgend betriebenen Lehrlingsausbeutung hat sich die Ortsverwaltung unserer Breslauer Zählstelle mit einer Beschwerde an die Handwerkskammer gewendet. Die Firma „bildet“ Lehrlinge im Buchbinderhandwerk aus, macht aber nur Kataloge der allereinfachsten Art (Bogen falzen, einstecken, auf der Kammermaschine heften und beschnitten). Die Lehrlinge gewinnen also nicht einmal einen Begriff vom Kleister- oder Leimpinsel, geschweige denn erst von einem Bucheinband. Die Antwort der Handwerkskammer auf die Beschwerde steht nun so aus:

Zum Schreiben vom 18. Juli 1912.

Unsere Ermittlungen haben folgendes ergeben:

Die Firma G. Schentalski nachfolgend hat einige Buchbinderlehrlinge bei unserer Zählstelle gemeldet. Die Ausbildung dieser Lehrlinge liegt in der Hand eines Wertmeisters, dem die Anleitungsbefugnis für Buchbinder zusteht.

Unter solchen Umständen bietet sich nach Lage der Gesetzgebung keine Veranlassung, gegen die genannte Firma vorzugehen. Es ist vielmehr das Ergebnis der Gesellenprüfungen abzuwarten, ehe eventuell Schritte unternommen werden können.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß uns das Ergebnis der Prüfungen sofort zugeht, und behalten uns vor, dann eventuell weitere Schritte zu tun.

Die Handwerkskammer.

H. Kirck, Vorsitzender. Dr. Penschke, Syndikus.

Dieses Schreiben stellt eine komplette Bankrott-erklärung der Handwerkskammer dar. Die Institution, deren vornehmste Aufgabe es mit sein soll, das Lehrlingswesen zu regeln und zu überwachen, findet keine Veranlassung, gegen diese offensbare Lehrlingsausbeutung einzuschreiten! Erst nachdem die jungen Leute um die besten Jahre ihres Lebens betrogen worden sind, wird sie eventuell Schritte unternehmen können. Also auch wenn es gilt, offensbare Mißstände im Gewerbe zu beseitigen, ist nur die Arbeiterorganisation der einzige Faktor, der hier wirksam helfend eingreifen kann. Das ist auch im vorliegenden Falle ungenümt geschehen und wird auch in Zukunft geschehen durch schonungsloses Aufheben solcher Ausbeuterpraktiken. Einer der Lehrlinge hat bereits den Anstempel verlassen. Zu empfehlen wäre ihm und seinem Vormunde die Einleitung einer Klage auf Schadenersatz. Daß die Firma keinen Zuwachs an Lehrlingen mehr erhalten wird, dafür wird die Organisation sorgen.

**Zum Lohnkampf der Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen in Rischersleben.**

Die Kollegenchaft steht nunmehr bei der Firma Besthorn 5 Wochen und bei den Firmen Gerson und Hoppe u. Anger 4 Wochen im Streik. Der Zusammenhalt der Streikenden ist gut. Mehr und mehr stellen auch die Heimarbeiterinnen nicht nur in Rischersleben, sondern auch in der Umgegend die Heimarbeit ein. Genau läßt sich deren Zahl nicht feststellen, nach Schätzungen werden 400 bis 500 Heimarbeiterinnen die Arbeit eingestellt haben. Die Firmen befinden sich infolgedessen in großer Verlegenheit. Von der Firma Besthorn sind dauernd einige Beamte unterwegs, um die Heimarbeiterinnen in ihren Wohnungen aufzusuchen. Die Heimarbeiterinnen, die noch arbeiten, bekommen soviel Arbeit mit, daß zu Hause die ganzen Familien mitarbeiten müssen. Auf die Zustände in der Heimindustrie werden wir in einem späteren Artikel zurückkommen, hervorheben wollen wir nur, daß sie geradezu skandalöser Natur sind. Bei einer kürzlich durch die Streikleitung erfolgten Kontrolle eines Teiles der Heimarbeiterstätten wurden an einem Tage 22 Kinder gezählt, die, noch nicht der Schule entwachsen, in der Heimindustrie mit Lütenkleben beschäftigt waren. Dabei wurde das eigentliche Arbeiterviertel Rischerslebens von der Kontrolle noch nicht berührt. In einer Familie wurde festgestellt, daß die 4 Kinder der Präge bekommen, wenn sie abends um 11 Uhr am Klebetisch einschlafen. Eine andere Heimarbeiterin war stolz darauf, daß ihre neunjährige Tochter pro Tag 1500 und die elfjährige

Tochter pro Tag 2000 Lüten zu kleben vermochte. Hier ist festzustellen, daß in dieser Familie die armen Kinder schon wiederholt morgens um 4 Uhr und noch abends um 11 Uhr notdürftig bekleidet am Tisch saßen und Lüten klebten. Obwohl in den Schulen schon wiederholt die Kinder gefragt wurden, ob sie zu Hause Lüten kleben, so ist doch ein Eingreifen der Behörde noch nicht erfolgt. Vor nicht langer Zeit noch erklärte ein kleines Mädchen, das in der Schule vom Schlafe übermannt wurde, dem Lehrer unter Tränen, daß es bis abends 11 Uhr Lüten geklebt hätte. Wieviel arme Kinder mögen wohl im Laufe der Jahrzehnte Jugendfreude und Gesundheit auf dem Altar der Firma Besthorn geopfert haben? An den Millionen der Herren Kommerzienräte Besthorn kleben die Tränen und das Jugendglück ungezählter unschuldiger Kinder! Die Firma Besthorn kennt die Reichsgewerbeordnung sehr genau, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen sich dagegen vergehen. Die Firma unterhält eigens eine Abteilung für Rechtsfälle. Diese Kenntnis der Reichsgewerbeordnung vermag aber, wenn es sich um die Interessen der Firma handelt. Der § 135 der Reichsgewerbeordnung befragt ausdrücklich, daß Kinder unter 13 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen. Dennoch sieht man täglich unter 13 Jahre alte Kinder, die zur Fabrik kommen und Heimarbeit holen und bringen. Der § 137a der Reichsgewerbeordnung befragt, daß jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, wenn sie die gesetzlich zulässige Arbeitszeit von 10 Stunden im Betriebe geleistet haben, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes überhaupt nicht übertragen werden darf. Für die Firma existiert diese Bestimmung nicht, denn fast täglich kann man beobachten, daß Arbeiterinnen schwere Pakete mit nach Hause tragen und wieder mitbringen.

Unsere Bemerkung in einer der letzten Versammlungen, daß die Presse am Orte die Lohnbewegung totschweige, veranlaßte endlich das „amtliche Organ der Firma Besthorn“, den „Anzeiger für Rischersleben“, sich den Staub etwas von der Brille zu wischen. Eine objektive Schilderung der Bewegung kann man von dieser Zeitung schlechterdings nicht verlangen. So wird denn dort wieder einmal festgelegt, daß dieser Streik durch auswärtige Agitatoren der Arbeiterchaft aufgedrängt worden sei. Die Zahl der Streikenden wird auf 150 angegeben. Die andere Hälfte, die zum größten Teil abgerückt ist, vermag dieses Organ ja nicht zu sehen, ebensowenig die große Zahl der Heimarbeiterinnen, die die Arbeit eingestellt haben. Konstatiert — wenn auch ungewollt — wird das anständige Betragen der Streikposten vor den Betrieben. Es wird ferner gesagt, im Streikbureau erhielten die Streikenden  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{4}$  ihres früheren Verdienstes. Daß die Streikunterstützung in sehr vielen Fällen bald ebenso hoch ist als der frühere Verdienst, braucht der Anzeiger nicht zu wissen. Nach einer Anempfehlung des hiesigen „Tageblattes“, das durch Inzerate auf die Wir von der Beendigung des Streiks aufmerksam machte, und der Anempfehlung einer Anzahl Verammlungsbesucherinnen, die einen Geschäftsmann, in dessen Familie Streikarbeit gemacht wird, beauftragt haben sollen, schreibt der Anzeiger zum Schluß: „Der Winter ist vor der Tür. Die Streikenden werden durch andere neu Hinzutretende ersetzt und verlieren ihre Arbeitsstelle und ihr Brot. Auch kann die Zeit der Arbeitslosigkeit den Verteilten keinen Segen bringen, im Gegenteil, sie kann in moralischer Beziehung nur nachteilig wirken.“ Das ist elende Heuchelei, verheerter „Anzeiger“. Wir wollen zunächst noch nicht an Dinge rühren, die die „moralischen Beziehungen“, unter denen die Arbeiterinnen im Betriebe der Firma Besthorn zu leiden haben, in einem ganz besonderen Licht erstrahlen lassen dürften. Feststellen wollen wir nur, daß die Moral der Arbeiterinnen während des Streiks weit weniger gefährdet ist als sonst! Wenn es dem „Anzeiger“ oder seinen Inzipienten gefällt, können wir auch auf dieses Thema noch einmal zurückkommen.

**Streik in der Buchbinderlei Leo, Barthold und Dürrenfeldt in Berlin.**

Vor mehr denn Jahresfrist schlossen sich die Herren Barthold und Dürrenfeldt, beides ehemalige Werkführer der Großbuchbinderei Lübbert und Bauer, mit einem Geldmann zusammen zur Gründung eines neuen Buchbindereibetriebes. Ihre vor-malige Tätigkeit hatte beiden eine genaue Kenntnis unserer tariflichen Verhältnisse vermittelt. Als neugeborene Prinzipale aber betrieben sie die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und besonders die der kaum den Kinderschuhen entwachsenen jungen Mädchen aufs ärgste. Bis abends 10 Uhr und noch länger mußten 14- bis 16-jährige Arbeiterinnen tätig sein, ebenso auch noch Sonntags. Zwar erfolgten auf diese Beschäftigung die gesetzlichen Be-

stimmungen auch Anzeigen, denen die Bestrafung bald nachfolgte, aber bei der rühmlichst bekannten preußischen Rechtsprechung werden diese nicht allzu hart ausgefallen sein, sonst wären nicht immer wieder neue Verurtheile vorgekommen.

Aus diesen und noch anderen Gründen wurde die Berliner Organisationsleitung bereits im vorigen Herbst vorstellig, um eine Beseitigung dieser Mißstände und eine unterschriftliche Anerkennung des Tarifes herbeizuführen. Die Firma aber weigerte sich dessen mit dem Hinweis, daß sie erst in Berlin festen Fuß fassen müsse, ehe sie sich vertraglich festlegen könne. Bei dem damaligen schlechten Organisationsstand in der Firma mußte davon abgesehen werden, stärkere Maßnahmen gegen den Betrieb zu ergreifen. Recht bezeichnend für die Betriebsverhältnisse ist, daß im Laufe des Jahres verschiedene Werksführer, darunter auch hervorragend sachlich qualifizierte, bei der Firma eine Gastrolle gaben. Unter dessen schieben auch die beiden Sachleute Barthold und Dürrenfeldt aus dem Betrieb als Zuhörer aus. Beide amtierten als — Werksführer weiter. Zu ihnen gesellte sich noch ein dritter namens Krumbiegel, ein junger Mann im Alter von 24 Jahren, welcher im Verein mit dem erstgenannten Aufpassern das Geschäft auf feste Füße stellen sollte. Und dies geschah, indem den Arbeitern und Arbeiterinnen verboten wurde, selbst nicht während der Pausen, von einem Betriebsraum in den anderen zu gehen, und auch der später gebildete Arbeiterausschuß, der doch die Interessen der Arbeiter aller Abteilungen vertreten sollte, wurde von dem Verbot betroffen. Selbstverständlich war auch das Sprechen während der Arbeitszeit streng verboten, auch den Akkordarbeitern. Außer einer Reihe weiterer Mißstände herrschte natürlich auch eine Verhaglung unter dem Tariflohn, vor. Junge 14 bis 16 jährige Mädchen mußten Millionen Prospekte falzen und kleben zu einem Preis, der sich weit unter dem Tariflohn bewegte. Dabei verstand es die Firma, Arbeit von organisierten Unternehmern zu bekommen (z. B. Ullstein u. Co.), die leider nicht darauf sahen, unter welchen Bedingungen ihre Aufträge hergestellt wurden. Billig, immer nur billig heißt deren Devise, und ob damit auch die tariflichen Minimallöhne eingehalten werden können, das sichts die Herren nicht weiter an. Sogar solche Arbeiten verstand die Firma an sich zu reisen, die ihrem Absatz fast nur in der Arbeitererschaft finden. Um aber auch besser lohnende Arbeiten in den Betrieb zu bekommen, mußte die Firma auch qualifizierte Arbeitskräfte einstellen und dadurch bekam auch unser Verband einen Einfluß. Das war eine recht unerwünschte Erscheinung für die Firma, in der zwei Chefs, drei Werksführer, einiges Kontorpersonal und auch noch 13 Hausdiener von dem durch 40 bis 50 Arbeiter und Arbeiterinnen erzielten Gewinn leben wollten.

Als nun vor kurzem bei einer Massenaufgabe, die natürlich wiederum weit unter dem Tarifpreis hergestellt wurde, anscheinend zubielt in die Lohnbücher eingetragen worden war, eine Sache, die bei der Unmenge von Aufsichtspersonal resp. Werksführern einfach unverständlich ist, da wurde jeder an der Arbeit beteiligten Arbeiterinnen 1 bis 6 Mk. abgezogen, ohne lange danach zu fragen, ob damit auch wirklich nur Schuldige getroffen wurden, denn eine Untersuchung der Sache hielt man nicht für notwendig. Dieses Vorkommnis aber schlug dem Faß den Boden aus. In einer abgehaltenen Werksklubversammlung wurden eine ganze Reihe von Beschwerden vorgebracht, deren Beseitigung dringend notwendig war, und außerdem wurde dort auch gefordert, die Firma zur schriftlichen Anerkennung des Tarifs zu zwingen, damit sie in eventuellen Klagesachen dem Tarifschiedsgericht unterstehe. Seither hat sie sich immer gewiegert, vor diesem zu erscheinen. Nach einer 1½ stündigen Aussprache eines der Firmeninhaber mit dem Arbeiterausschuß und hinzugezogenen Verbandsvertretern wurde diesen die Erfüllung möglichst aller vorgetragener Wünsche und auch die unterschriftliche Anerkennung des Tarifes zugesagt. Letzteres allerdings erst nach längerem Sträuben des Unternehmers, dem nicht recht einleuchten wollte, daß er auch bei Massenaufgaben den Tarif einzufalten habe. Er müsse doch Konkurrenz bieten können und das sei ausgeschlossen, wenn er strikte nach dem Tarif zu zahlen gezwungen sei.

Zedoch die zugesagte Abstellung der Mißstände erfolgte nicht und ebenförmig die Rückzahlung des zu Unrecht abgezogenen Geldes, gar nicht zu reden von der Anerkennung des Tarifes. Eine erneut abgehaltene Werksklubversammlung beschloß, nachdem zunächst allseitig die sofortige Arbeitsniederlegung gefordert worden war, vor dem Ergreifen dieses letzten Mittels erst noch einmal den Versuch zu einer friedlichen Beilegung der Differenzen zu machen. Statt hierauf einzugehen, sandte die Firma auf ein entsprechendes höfliches Schreiben folgende charakteristische Antwort:

Auf das vorstehende Schreiben vom 11. d. M. bemerken wir folgendes:

Aus dem Schreiben ist nicht ersichtlich, welche angeblichen Mißstände in unserm Hause gestiftet und angebracht werden sollen. Von den Vertrauensleuten unseres Betriebes ist unserer Geschäftsleitung Mitteilung von einigen kleinen Unregelmäßigkeiten gemacht worden, die inzwischen, soweit es zugänglich war, beseitigt worden sind. Wir verstehen daher nicht, aus welchem Grunde der Deutsche Buchbinderverband vorliegendes Schreiben an uns gesandt hat. Ebenso ist uns nichts bekannt, daß unser Personal Klage über die tarifliche Lohnung verlangt. Unser Personal ist genau darüber orientiert, daß wir tarifliche Löhne zahlen, was schon daraus hervorgeht, daß wir oft die Vertrauensleute zur Festsetzung eines Preises heranziehen. Auf jeden Fall wünschen wir, wenn wirklich eine Unklarheit herrschen sollte, daß uns dieses ordnungsgemäß durch die Vertrauensleute unseres Betriebes, nicht aber durch die Geschäftsstelle des Deutschen Buchbinderverbandes mitgeteilt wird, und werden wir in Zukunft Schreiben wie das vorliegende, in dem durch Stellung eines Ultimatus eine Pression auf uns ausgeübt werden soll, nicht mehr beantworten. Soweit uns bekannt ist, unser Personal durchaus mit der Behandlung sowie auch Entlohnung zufrieden gewesen und wünschen wir nicht, daß von Seiten des Deutschen Buchbinderverbandes das Einvernehmen zwischen uns und unseren Arbeitern gewaltsam gestört wird.

So das Schreiben, in dem die Firma vor gar nichts etwas weiß. Nichts von der Unterredung mit den Vertretern des Verbandes, in der Abhilfe zugesagt wurde, nichts von Lohnabzügen, nichts auch vor der Nichtanerkennung des Tarifes! Ja, das Einvernehmen zwischen Firma und Personal ist ein gutes, — ein derart gutes, daß letzteres drei Tage nach dem Erhalt der vorstehenden Antwort beschloß, ausständig zu werden, um endlich die Mißstände zu beseitigen. Nur vier Nachfolger und vier Arbeiterinnen, dazu natürlich die drei Werksführer verrichteten Hausreparaturen, während sich die 13 Hausdiener mit dem Ausständigen solidarisch erklärten. Diese letzteren erhielten Löhne, die teilweise noch geringer als wie die für Arbeiterinnen waren. Sie mußten auch, wenn der Presser Feierabend gemacht hatte, an der Presse bis in die Nacht hinein weiterarbeiten, wahrheitsgemäß, damit ihnen am Wochenlohn das Entwürdigende ihrer Entlohnung nicht allzusehr zum Bewußtsein kommen sollte.

Deziendertweise ist einer der Streikbrecher der Sohn des langjährigen Arbeitsvermittlers, des Herrn Fahn, der sich jedenfalls durch diese edle Tat wieder in die Gunst seines Vaters setzen will, auf den er bis vor kurzem nicht sonderlich gut zu sprechen war. Ein anderer ist der in Berlin sehr bekannte Oskar Tüllich, seines Zeichens Buchbinder, Bode-meister und Dresser von Polizeihunden. Merkwürdigerweise befindet sich unter der Streikbrecherinnen auch ein Frk. Kappler, deren Vater ein höchst anständiger und auch tariftreuer Buchbinder- und Werksführer in Berlin ist.

Unsere Polizei ist natürlich auch wieder da. Während die Damen per Auto nach Hause gefahren werden, geht der männliche Teil der Hausreparaturgilde in Begleitung der Polizei. Es ist zwar die alte Geschichte, doch bedient sie immer und immer wieder festgehalten zu werden, daß sich unsere Polizei höchst unbefugterweise in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter hineinmischte, in denen sie nichts zu suchen hat.

Wir richten an alle unsere Kollegen und Kolleginnen das dringende Ersuchen, den Betrieb von Leo, Barthold und Dürrenfeldt zu meiden. Werde keiner zum Streikbrecher, damit es uns gelingt, solche Auswüchse zu beseitigen, die uns nach jeder Richtung hin Schaden bringen.

Die Firma Leo, Barthold und Dürrenfeldt ist gesperrt.

## Lohnbewegung in Briesg.

Eine große Kunde ist es, die diese Worte der gesamten Kollegenschaft Deutschlands melden. Insbesondere wird die Kontobucharbeiterchaft in den nächsten Wochen mit regem Interesse die Vorgänge in Briesg verfolgen. Und nicht nur die Kollegenschaft, sondern auch unsere Arbeitgeber im Geschäftsbüchergeschäft werden diese Lohnbewegung begrüßen. Hat doch die schlesische Industrie- und Handelskammer in diesem Fach sich schon seit Jahrzehnten eine gewisse Bedeutung. Nicht die besondere Güte der Erzeugnisse, die in Massen das In- und Ausland überschwemmen, nicht die besonderen Neuheiten in diesem Fach sind es, die die Geschäftsbüchindustrie Briesgs so weltbekannt gemacht haben. Es ist mehr eine traurige Verühmtheit, die von Arbeitern und Fabrikanten unseres Gewerbes „hemunter“ wird. Vor allem sind es die außerordentlich niedrigen Arbeiterlöhne und die sonst nirgends gewerbetreiblichen Praktiken in der hiesigen Geschäftsbüchfabrikation.

Vor Jahrzehnten wurde ein Teil der Erzeugnisse der Briesger Geschäftsbüchindustrie in den Straf-anstalten am Orte hergestellt. Aber die Beschäftigung der Buchhausinsassen hatte verschiedene Nachteile, die vorwiegend betriebswirtschaftlicher Art waren. Alsdann waren aber auch die „freien“ Arbeiter billig genug, daß man der Buchhausarbeit entzogen konnte, und so wanderten die im Buchhause aufgestellt gewesenen Binnermaschinen und sonstigen Arbeitsgeräte in die inzwischen mehrfach erweiterten Betriebsräume zurück.

Heute Beschäftigten die beiden am Orte befindlichen Geschäftsbüchfabriken, die Firmen L. E. Geinze und W. Loewenthal, etwa 1650 Personen, von denen aber nur 758 als unsere Berufs-kollegen anzuzurechnen sind, ungenügend sind dabei die Abteilungsmeister. Außerordentlich dünn gesät unter dieser Arbeiter-schar ist das gelernte Personal. Ganze 46 Mann haben ihren Beruf als Buchbinder oder Binnierer ordnungsgemäß erlernt. Alle übrigen sind also ungelernete Arbeitskräfte, davon 198 männliche und 516 weibliche. Von diesen werden 135 männliche und 296 weibliche mit Gehilfenarbeiten beschäftigt. Wissenwert dürfte sein, zu welchen Arbeiten die Arbeiterinnen herangezogen werden. Binnieren (die Maschine wird selbstständig von ihnen eingerichtet), Stangen, Spappschneiden, Eckenrunden, Kantenfrägen, Profolieren, Ueberziehen, Deckenmachen, Deckenausschleifen, Einhängen, Mappernmachen, Kapitalen, Schildermachen, Fäzeln, Pressen (wobei sich die Arbeiterinnen Hand- und Schnellpressen vollkommen selbstständig einrichten), Register-ein-schneiden und -kleben, Nachsehen — dies die lange Reihe der Gehilfenarbeiten, die hier von Arbeiterinnen ausgeführt werden. Dazu kommen die erbärmlich niedrigen Löhne, die mit Recht als Hungerlöhne bezeichnet werden können. Nur von den gelernten Buchbindern, die lediglich fertigmachen, ist es der alte Stamm, der im Akkordlohn 30 bis 35 Mk. verdient. Neueintretende, die natürlich nicht die bestbezahlten Arbeiten erhalten, bringen es auf 23, 24, auch 25 Mk. Bei den ungelernen Arbeitern kann man, wenn man die für 4 bis 5 Mk. arbeitenden jugendlichen Burtschen dabei nicht in Betracht zieht, den Durchschnittslohn auf 15 Mk. beziffern; vereinzelt kommt sie bis auf 24 Mk., im Akkord bis auf 27 Mk. Die Arbeiterinnen verdienen im Durchschnitt 8,50 Mk. Der niedrigste Lohn beträgt 4 Mk., der höchste, nur einmal anzutreffende 17 Mk. Der Stamm der alten Arbeiterinnen erzielt in seiner Mehrheit ein Einkommen zwischen 9 bis 13 Mk.

In Anbetracht dieser niedrigen Löhne und des Umstandes, daß Gehilfenarbeiten noch obendrein von ungelernen und weiblichen Arbeitskräften gemacht werden, kann es niemandem wundern, wenn die Geschäftsbüchfabrikation in Briesg nicht nur für die Fabrikanten einen ganz erklecklichen Gewinn abwirft, sondern wenn auch nebenher noch die Briesger Fabrikate erheblich billiger auf den Markt gebracht werden als die aus anderen Orten.

Lange, lange hat es gedauert, ehe unser Verband in Briesg Einfluß gewann. Noch vor Jahresfrist zählte der Verband ein paar Dutzend Mitglieder. Und als der Buchbinderverband im vorigen Jahre in Beachtung den durch die Dürre hervorgerufenen Teuerung die Kollegen und Kolleginnen aufrief, damit sie ihre Arbeitgeber um eine Teuerungszulage gingen, fand er bei diesen nicht das erwartete Entgegenkommen. Unserm Bezirksleiter, dem Kollegen Würzberger, der die Vermittlung zwischen beiden Teilen übernommen hatte, wurde vielmehr gesagt: „Wenn es bei uns nicht paßt, kann ja gehen; übrigens sind unsere Arbeiter ganz zufrieden und sie wollen auch nicht mehr. Die treibende Kraft sind nur Sie, und da haben wir gar keine Veranlassung, Zulagen zu gewähren.“ Unsere Kollegen und Kolleginnen haben daraufhin die Notwendigkeit der Organisation immer mehr erkennen gelernt. Zusehends wuchs unsere Zahlteile. Heute sind wir dem halben Tausend nahe. Heute mag auch die Kollegenschaft Briesgs nicht mehr um Lohnzulagen bitten und beteln. Heute fordert sie und ist gewillt, ihren Forderungen auch den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Am 21. Oktober fand im größten Lokale Briesgs eine gemeinschaftliche Betriebsversammlung der Personale der Firmen L. E. Geinze und W. Loewenthal statt, die sich einstimmig für die nachstehende Resolution aussprach:

„Die heute im Restaurant zum „Bergel“ tagende, außerordentlich stark besuchte gemeinschaftliche Versammlung der Personale der Firmen L. E. Geinze und W. Loewenthal hält in Anbetracht der außerordentlichen Teuerungserhältnisse eine entsprechende Erhöhung der Löhne der bei den genannten Firmen beschäftigten Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen für dringend erforderlich.“



Sie erklärt sich mit dem von den Bezirksverwaltungen des Buchbinderverbandes und des Verbandes der Buch- und Steinbrückerhilfsarbeiter ausgearbeiteten und von den Vertrauensleuten geprüften Tarifentwurf einverstanden und beauftragt die Bezirksverwaltungen, denselben unverzüglich den Prinzipalen einzureichen.

Von den Prinzipalen erwartet die Versammlung eine wohlwollende Prüfung und baldige Erfüllung ihrer Wünsche.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland.

Hainichen i. Sa.

Afcherleben und Umgegend.

Grünstadt (Firma Schäffer).

Landshut i. B. (Firma Smorowski u. Schmalig).

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delahaug u. Nieslé).

Zuzug fernhalten:

Deutschland.

Hagen i. B. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Hanau.

Minden i. B.

Reiz.

Schweiz.

Lausanne.

Hanau. Jeder hier Stellungsuchende hat sich vor Arbeitsannahme beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmitglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrebrecher. Sperrebruch ist Streikbruch!

Hagen. Die Differenzen in der Firma Schlegel und v. d. Heyden bestehen nach wie vor fort. In der „Papier-Zeitung“ sowohl als auch in der Elberfelder „Freien Presse“ macht die Firma Mitteilungen über die entstandenen Gegensätze, die nicht geeignet sind, eine Klärung herbeizuführen, da sie mit den tatsächlichen Verhältnissen teilweise im Widerspruch stehen. Die eingeleiteten Recherchen sind noch nicht zum Abschluß gekommen und werden wir die Auslassungen der Firma in nächster Nummer näher beleuchten. Zuzug ist selbstverständlich unbedingt fernzuhalten!

Dresden. Am 16. Oktober waren die organisierten Kartonnager Dresdens zahlreich versammelt, um ihre Entscheidung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem „Verband der Kartonnagenfabrikanten von Dresden und Umgegend“ abzugeben. Nach wiederholten Verhandlungen, die infolge der geringen Zugeständnisse mehrmals zu scheitern drohten, wurde vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Auftraggeber folgendes vereinbart.

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. Januar 1918 an 56 Stunden, vom 1. Januar 1915 an 55 Stunden. Hilfsarbeiter über 16 Jahre, wenn sie meistens mit der Herstellung von Kartonnagen beschäftigt werden, erhalten nach je 2jähriger Tätigkeit 24, 27, 32 Pf. Stundenlohn. Ständige Zuzugeneider nicht unter 18 Jahren, nach 4jähriger Tätigkeit 38 Pf., nach 5 Jahren 42 Pf. und nach 7 Jahren 46 Pf. Die Löhne für Tisch-, Maschinen- und Hilfsarbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren betragen 18 Pf., 20 Pf. und 24 resp. 25 Pf. Der Nebenlohn an Zuschlag beträgt für die ersten 2 Stunden an Wochentagen 25 Proz., für weitere Ueberstunden und Sonntagsarbeit 33 1/2 Proz. Diese Zuschläge erhalten männliche und weibliche Lohn- und Akkordarbeiter. Eine Liste mit den Akkordpreisen muß stets zur Verfügung stehen. Für Hausarbeit werden die gleichen Akkordlöhne gezahlt.

Diese Vereinbarungen, zu denen noch eine ganze Reihe verschiedener Bestimmungen kommen, sollen für 4 Jahre, bis zum 30. September 1916, für Dresden und Umgebung Geltung haben. Die festgesetzten Löhne sollen ebenso wie die Arbeitszeit vom 1. Januar an zur Geltung gelangen. Der Akkordtarif für Arbeiterinnen konnte wegen seines Umfanges und weil er für die Fabrikanten „Neuland“ ist, noch nicht beraten werden. Die Vertreter haben aber zugesichert, eine Kommission einzusetzen, damit der Akkordtarif baldigst beraten werden kann.

Die Vertreter der Zigarettenfabrikanten haben sich in einer schriftlichen Erklärung dazu bereit gefunden, die Vereinbarungen, die die Kartonnagenfabrikanten hiermit getroffen haben, zur Annahme und Einführung zu empfehlen. Es ist also der Wunsch nach einer besseren Entlohnung in den Zigarettenfabriken abgelehnt worden.

Trotzdem die Forderungen der Arbeiterschaft um ein Wesentliches reduziert sind, empfahl die Kommission die Annahme der Vereinbarungen, um durch diese eine Grundlage zu schaffen.

Mehrere Diskussionsredner kritisierten scharf die geringen Zugeständnisse der Kartonnagenfabrikanten und sprachen ihre Verwunderung darüber aus, daß die Zigarettenfabrikanten nicht ein größeres Entgegenkommen gezeigt haben. Wenn die Vereinbarungen zur Annahme gelangen sollten, so könne es nur aus dem Grunde sein, um eben eine Grundlage und eine Grenze nach unten zu schaffen. Die Unternehmer sollten sich keiner Täuschung hingeben, bei so niedrig festgelegten Löhnen sei es selbstverständlich, daß jeder einzelne Arbeiter auf eine höhere Entlohnung dringen werde. Die Bestimmung, daß Löhne und Arbeitszeit erst am 1. Januar zur Einführung kommen sollen, zeige das geringe Verständnis der Kartonnagenfabrikanten gegenüber dem jetzt herrschenden Leuerungsverhältnissen. Bei einer Anzahl Stimmenthaltungen wurde die folgende Resolution gegen mehrere Stimmen angenommen:

„Die stark besuchte Vertrauenspersonensitzung am 11. Oktober beschäftigte sich sehr eingehend mit den Vereinbarungen, welche durch Verhandlungen unserer Tarifkommission zustande gekommen sind.

Wenn auch die geringen Zugeständnisse, insbesondere die niedrige Entlohnung, sehr enttäuscht haben, so empfehlen die Vertrauenspersonen dennoch der am 16. Oktober versammelten Kollegenschaft, diesen Vereinbarungen ihre Zustimmung zu geben, damit zunächst einmal eine Grundlage geschaffen wird, auf welcher in Zukunft aufgebaut werden kann und durch die eine Gesundung der daniederliegenden Verhältnisse erreicht werden soll.

Nach wie vor betrachten die Vertrauenspersonen die Regelung der Akkordlöhne als eine Hauptaufgabe und empfehlen, die gewählte Kommission zu veranlassen, bei den Herren Fabrikanten darauf zu dringen, daß auch dieser Teil unserer Forderungen in Wäde seine Erledigung findet.

Die Vertrauenspersonen fordern die Kollegenschaft auf, in allen Betrieben für die strikte Durchführung der Vereinbarungen einzutreten.“

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte verlangten die Versammelten noch besonders über Annahme oder Ablehnung abzustimmen. Auch hier ergab sich bei der Abstimmung die Annahme der Vereinbarungen gegen mehrere Stimmen. Vor Schluß der Versammlung forderten nochmals mehrere Redner auf, nicht eher nachzulassen, bis die Vereinbarungen in allen Betrieben eingeführt sind und sich dann auch nicht in die geringste Abweichung von den Bestimmungen einzulassen.

Leipzig. Die Weltfirma Julius Klinkhardt, deren Besitzer sicher zu den reichsten Leuten der Stadt gezählt werden darf, will sich mit aller Gewalt nicht daran gewöhnen, dem Tarife Rechnung zu tragen. In ganz besonderer Maße hat es ihr die Abgrenzung der Gehilfen- und Frauenarbeit angetan, die ihr schwer auf die Nerven gefallen zu sein scheint und der sie sich unter keinen Umständen unterzuordnen willens ist. Die Firma gehörte früher zwar dem Verbands Deutscher Buchbindermeister an, hat sich aber auch zu jener Zeit nicht durch strenge Einhaltung des Tarifes ausgezeichnet. Und nachdem sie diesem Verbands aus uns nicht bekannten Gründen den Rücken gekehrt hat, glaubt sie jedenfalls erst recht auf den Tarif pfeifen zu können. Dacinn dürfte sie sich indessen geirrt haben, wie ihr noch bewiesen werden wird. Die Ortsverwaltung hat sich wiederholt darum bemüht, die Weltfirma zur Einhaltung des Tarifes zu veranlassen, ohne aber den mindesten Erfolg verbuchen zu können. Und wenn es wirklich einmal zu einer schieblich-friedlichen Einigung über einen Punkt kam, blieben dafür immer noch eine ganze Reihe ungelöster Probleme übrig. Erst in den letzten Tagen ist die Firma wieder einmal schriftlich ersucht worden, sich dem Tarife unterzuordnen, selbstverständlich mit dem gleichen Erfolge wie früher. Die Firma will sich dem Tarif

unter keinen Umständen beugen, sie will fortgesetzt in der Lage bleiben, zum Schaden der tariftreuen Betriebe und zum Schaden des ganzen Berufes den billigen Mann abgeben zu können. Unser diesbezügliches erstes Schreiben einer Antwort zu würdigen war die Firma freundlich genug. In dieser war unter anderem gesagt, daß sie nicht in der Lage sei, einen Teil des seit mehr denn 20 Jahren mit den strittigen Arbeiten beschäftigten Personals entlassen zu können. Uebrigens könne sie auch nicht einsehen, daß durch ihre Gesplogheiten der Tarifgemeinschaft irgendwelcher Schaden zugefügt werden könne, weil die in Betracht kommenden Arbeiten lediglich „Ergänzungsrichtungen der Buchdruckereiabteilung seien“. Schließlich behauptete die Firma aber auch weiter, daß sie keine eingerichteten Leute bekommen könne, da solche in angemessener Zahl nicht zur Verfügung stünden. Auf dieses Schreiben ist der Firma die entsprechende Antwort geworden. Wir haben in dieser ausgeführt, daß ihre Gesplogheiten sehr wohl eine Schädigung unserer Tarifgemeinschaft zur Folge haben könnten und haben vor allen Dingen auch darauf verwiesen, daß eingerichtete Leute zu jeder Zeit in beliebiger Anzahl zu haben seien. Es hat uns aber alles nichts genutzt. Die Firma hat sich vielmehr in ein bornehmes Schweigen gehüllt und unser zweites Schreiben einer Antwort nicht für wert erachtet. Und das vielleicht in der Erkenntnis, unseren Einwendungen keine stichhaltigen Gründe entgegenzusetzen zu können. Mag dem aber sein, wie ihm wolle, die Weltfirma Julius Klinkhardt wird sich wohl oder übel bequemen müssen, sich mit dem Tarif zu befrenden, so schwer ihr das auch fallen mag. Ihre Einwendungen, alle Leute nicht entlassen zu können, sind nur leere Ausflüchte. Wenn die Firma die Absicht hat, sich dem Tarif zu fügen, kann sie das tun, ohne irgendwelches Personal entlassen zu brauchen. Und schließlich ist die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften so außerordentlich groß, daß unser Arbeitsnachweis dieselbe vielfach selbst in den Monaten schlechtesten Geschäftszuges nicht zu befriedigen vermag. Die Sorge um das Schicksal des mit Vorprüfungsarbeiten beschäftigten Personals sind Vorprüfungen falscher Tatsachen. Die Hauptgründe für die Tarifdurchbrüche der Firma bestehen in der Sucht, Arbeiten an sich reißen zu können, die früher in tariftreuen Firmen hergestellt wurden. Die Firma Klinkhardt treibt also eine wenig einwandfreie Konkurrenz, der endlich einmal ein Niegel vorgezogen werden muß. Und das wird in den nächsten Tagen geschehen, wenn sie sich nicht noch im letzten Augenblick bekennt und zu der Einsicht kommt, daß es ihrem Rufe weit dienlicher und vortheilhafter ist, als tariftreue Firma angesehen zu werden, statt sich nachjagen lassen zu müssen, daß sie einen Krebschaden für den ganzen Beruf bildet, der mit der Wurzel ausgerottet zu werden verdient.

Dresden. In der am 12. Oktober abgehaltenen Versammlung der Innungsbetriebe beschäftigten Gehilfen hielt Kollege Lohse einen sehr reichen Vortrag über „Der Geschäftsbucheinband“. Er rief den Vortrag durch Vorlegen von Mustern und Zeichnungen interessant zu gestalten, was ihm den Dank der Versammlung eintrug.

Plattner machte hierauf einige geschäftliche Mitteilungen. In der Diskussionsfrage man sich hauptsächlich mit der Lehrlingsfrage, wobei auf den bei der Innung bestehenden Ausschuss für Lehrlingswesen verwiesen wurde. Mit der Innung, immer für Stärkung der Organisation zu sorgen, weil nur diese instand sei, gesunde Arbeitsverhältnisse zu schaffen, schloß die gutverlaufene Versammlung.

Als ein beachtliches Beispiel dafür, in welcher rückständigen Weise so mancher Dresdener Innungsmeister das Arbeitsverhältnis auffaßt, aber auch als ein Beispiel dafür, wie die Herren Hand in Hand arbeiten, wenn es gilt, gegen Gehilfen vorzugehen, die sich nicht in die hier herrschenden rückständigen Arbeitsverhältnisse schicken wollen, sei folgender Brief wiedergegeben:

„Auf Ihr Angebot von heute morgen teile ich Ihnen mit, daß ich solche Leute, wie Sie es machen, nicht in meine Werkstatt einstelle.“

Wer seinem Meister eine mangelhafte Arbeit liefert oder etwas verdirbt, ist moralisch verpflichtet, sie in Ordnung zu bringen außerhalb der Arbeitszeit oder Ersatz zu leisten.

Dies haben Sie nicht getan, vielmehr Ihren Meister Herrn . . . . . der Sie die ganzen Sommermonate hindurch bei gutem Lohn beschäftigt hat, noch verlag. Daß Sie seit Ende August noch arbeitslos sind, ist ein Beweis, daß man auf Sie nicht gerade wartet.

Bei Herrn . . . . . den Sie kennen und der 9 Jahre bei mir treu arbeitete und vom 25. bis 34. Lebensjahr noch manches gelernt hat, wie er mir bezeugt, brauchen Sie nun nicht anzufangen.

Lassen Sie sich die jetzige Pause im Verdienen zur Lehre dienen und suchen Sie fleißig zu arbeiten und nie eine Brücke hinter sich abzubrechen, wer das tut, ist

ein Charakterschwacher Mensch, denn er handelt gegen die Stimme seines Gewissens.

Ergebnis

C . . . B . . .

Dieses Schreiben eines philosophierenden Buchbindermeisters spricht ja für sich selbst. Erläuternd sei nur hinzugefügt, daß der in Frage kommende Kollege die Verneinung bejaht, in einer Streitfrage das Urteil der gesetzlichen Institution des Gewerbegerichts anzurufen. Die Klage endete mit einem Vergleich. Der gute Lohn betrug 40 Pf. die Stunde bei 9stündiger Arbeitszeit, also 21,60 Mk. pro Woche.

Breslau. In der leidlich besuchten Generalversammlung vom 15. Oktober erstattete Brudz zunächst den Geschäftsbericht für das 3. Quartal. Neben der Erledigung der laufenden Geschäfte war die Ortsverwaltung insbesondere darauf bedacht, die Agitation nach jeder Richtung hin zu fördern. Die gleich bei Beginn der Tätigkeit der neugewählten Verwaltung vorbereitete Hausagitation, die planmäßig und im großen Umfange betrieben werden sollte, ist zum größten Teile in den Berichtsmonaten ausgeführt worden. Der Erfolg war leider ein außerordentlich bescheidener und dazu zum Teil noch nicht einmal ein dauernder. Dieser Mißerfolg darf uns jedoch nicht erlahmen lassen. Der bevorstehende Tarifablauf erfordert von uns, nun erst recht mit aller Energie unsere Werbetätigkeit für den Verband fortzusetzen. Um dies mit aller Intensität tun zu können, bewirkte die Verwaltung, daß Branchekommissionen gewählt und mit der Agitation unter ihren speziellen Berufskollegen und -kolleginnen betraut wurden. Es konnten 40 Aufnahmen gemacht und andersorganisierte Kollegen für uns gewonnen werden, so daß sich nach allem Abgang der Mitgliederbestand von 281 auf 300 erhöhte.

Die Abrechnung der Verbandskasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1845,76 Mk. Für die Lokalkasse wurden vereinnahmt inkassierte Bestand vom vorigen Quartal 695,91 Mk. Die Ausgaben beziffern sich auf 550,93 Mk., davon sind 117,21 Mk., die durch Verrechnung von Beitragsgeldern in früherer Zeit entstanden waren. Die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest ergab eine Mehrausgabe von 94,76 Mk. Wir haben aber damit gezeigt, daß auch uns der Bau des Gewerkschaftshauses, zu dessen Gunsten die durch das Fest erzielten Einnahmen verwendet werden, sehr am Herzen liegt.

Unser Arbeitsnachweis wurde von 26 männlichen und 9 weiblichen Arbeitslosen, darunter 11 männliche und 3 weibliche Unorganisierte, benutzt, nebenher aber noch von einer beträchtlichen Anzahl noch in Arbeit stehender Kollegen. Durch Vermittlung des Arbeitsnachweises wurden 18 offene Stellen besetzt, und zwar für männliche und weibliche je 9. Einige Stellen mußten unbesetzt bleiben, da einerseits zur Zeit ihrer Vakanz die verlangten Kräfte nicht zu haben waren, anderenteils haperte es wieder mit der Bezahlung.

Die Verwaltung hatte sich dann noch mit 10 händlichen und 2 weiblichen Firmen Wolfstein u. Hausdorf, Altmann u. Friebe und Oskar Brenke zu befassen. Bei der ersteren Firma handelte es sich darum, daß ein Kollege und vier Kolleginnen den Tariflohn nicht erhielten. Die Firma hatte bei den mit ihr geführten Verhandlungen Abstellung der geeigneten Weibskräfte zugesagt. Da es sich aber bei dem Kollegen um eine Lohnaufbesserung von fast 5 Mk. pro Woche handelte, so wurde hier eine ratenweise Erhöhung vereinbart, die an drei festgelegten Terminen zu erfolgen hatte. Die Firma erinnerte sich aber an den zweiten Termin erst, nachdem sie vom Verband schriftlich gemahnt worden war.

Interessant waren die Unterhandlungen und deren Ergebnis mit der Firma Altmann u. Friebe, deren Inhaber, Herr Altmann, Vorsitzender des hiesigen Tariffriedensgerichts ist und der sonst im Rufe eines der Arbeiterhaft gegenüber humanen Mannes steht. Zur Beanstandung gaben die Löhne von nicht weniger als 16 Arbeiterinnen Anlaß, die da mit Recht glaubten, nicht dem Tarif entsprechend entlohnt zu werden. Zu Klagen gaben noch die außerordentlich niedrigen Affordblöhne, sowie die Art der Berechnung über die Verteilung des erzielten Verdienstes an die in den Affordkolonnen beteiligten Arbeiterinnen, alsdann auch die Bezahlung der Maschinenarbeiterinnen, die Beschäftigung von Fabrikarbeiterinnen mit Heimarbeit in einem geschwindigen Umfange, sowie auch die sanitären Einrichtungen des Betriebes berechtigten Anlaß. Herr Altmann kannte aber seinen Betrieb, den er täglich mehrmals durchwandert, nicht. Er hielt die Beschwerden teils für ungläublich, anderenteils bewieselte er deren Berechnung. So auch unser Verlangen auf Einschränkung der Heimarbeit. Die Auszüge aus der Gewerbeordnung, die Herr Altmann seinen Arbeiterinnen zum Studium in den Fabrikräumen hat aushängen lassen, waren ihm ihrem Inhalt nach gänzlich unbekannt. Nebenfalls versprach er aber nach Kräften Abänderung und erbat sich eine schriftliche Aufstellung der von uns beanstandeten Löhne. Dem

wurde unsererseits gern entprochen. Wir waren aber nicht wenig erstaunt, als daraufhin Herr Altmann in einem Schreiben „seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß auch nicht eine einzige Forderung in der gegebenen Auflistung mit den Tatsachen übereinstimme“. Da wir uns jedoch den Vorwurf einer oberflächlichen Prüfung der uns gemeldeten Beschwerden und der leichtfertigen Beichtigung des Arbeitgeber nicht machen konnten, sahen wir mit einiger Spannung den weiteren mündlichen Unterhandlungen entgegen. Diese wurden durch die Erklärung des Herrn Altmann eingeleitet, daß seine Auslegung der einschlägigen Tarifbestimmungen eine andere sei als die unserer. Seine Auffassung sei die, daß die Bezüge der Arbeiterinnen in die Beschäftigungsbauer in der Branche nicht eingerechnet werden dürfe. Dadurch reduzierten sich unsere Ansprüche. Da Herr Altmann bei der Einstellung von Personal Arbeiterinnen im Alter von unter 16 Jahren bevorzugt, so würden diese erst im zweiten Jahre der Berufstätigkeit Anspruch auf den horrenden Lohn von 7,50 Mk., im dritten auf 8,50 Mk. und im vierten auf 9,50 Mk. haben. Doch selbst bei diesen den Arbeiterinnen ungunstigen Auslegungen des Tarifies mußte Herr Altmann einräumen, daß die Löhne mehrerer Arbeiterinnen mit dem Tarife nicht übereinstimmen. Nach dem Tarifvertrage sollen die Affordblöhne so gestellt sein, daß eine mittlere Arbeitskraft mindestens den Minimallohn verdient. Während im Tarifvertrag das Schwergewicht auf das extra gesperrt gedruckte Wort „mindestens“ gelegt wird, betont Herr Altmann die mittlere Arbeitskraft und findet nichts Anstößiges dabei, daß einige Arbeiterinnen den Tariflohn, noch dazu nach Altmannischer Auslegung, im Afford nicht verdienen. Unserem Appell an die sozialen Empfindungen, die sich mandalisch auch bei Arbeitgeberern regen, wurde mit der Einwendung begegnet: „Ja, vom sozialen Standpunkt aus können wir unser Geschäft nicht leiten, wir sind eine Erwerbsgesellschaft wie andere auch!“ Die Maschinenarbeiterinnen, die anderorts in unserem Gewerbe nach sechsmöglicher Beschäftigung als geübt betrachtet und mit dem Lohn der geübten Arbeiterinnen bezahlt werden, dürfen in unserem Tarifverhältnis im ersten Jahre nach Vereinbarung, d. h. auf gut deutsch: mit Spurgerlöhen bezahlt werden. Im zweiten Jahre haben sie Anspruch auf 7,50 Mk. Ueber den Tarifsaß hinauszugehen, dazu konnte sich Herr Altmann nicht entschließen; auch nicht dazu, diesen Arbeiterinnen den Lohn von 7,50 Mark schon vom zweiten Halbjahr ab zu gewähren. Das einzige Entgegenkommen gegenüber den Maschinenarbeiterinnen, was Herr Altmann glaubte gewähren zu können, bestand in der Erhöhung der bisherigen üblichen, der freien Vereinbarung überlassenen Einstellungsblöhne. Der Verrechnungsmodus bei Verteilung des Affordverdienstes, nach dem den Arbeiterinnen ein um 1-2 Pf. niedrigerer Stundenlohn, als ihn der Tarif vorsieht, zur Berechnungsgrundlage genommen, und der verbleibende Betrag dann zu gleichen Teilen an die Kolonnenmitglieder verteilt wird, kann nicht geändert werden, weil dadurch die jüngeren Arbeiterinnen, die jetzt auf Rechnung der älteren Arbeiterinnen einen höheren Verdienst erzielen, geschädigt werden würden und Herr Altmann eine entsprechende Erhöhung der Affordblöhne jetzt noch nicht vornehmen will. Vom 1. Januar ab soll eine Neuregelung der Affordblöhne erfolgen. Den Beschwerden über Verstöße gegen das Gesetz soll entprochen werden und auch eine Erweiterung der unzureichenden Maschlegenheit erfolgen. Viel ist also bei den Verhandlungen mit Herrn Altmann für seine Arbeiterinnen nicht herausgesprungen, aber sie gaben doch schon einen rechten Vorgeschmack von den Verhandlungen, die in den nächsten Wochen wegen der Tariferneuerung mit den Arbeitgebern geführt werden sollen.

Die in der Etuisfabrik von Oskar Brenke beschaffigten Verbandsmitglieder begehrten eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Firma weigerte sich zunächst, überhaupt mit der Organisation zu verhandeln, gab aber dann diese Haltung auf. Die Verhandlungen konnten leider nicht auf Grundlage des eingereichten Tarifentwurfs geführt werden, da sich die Firma hartnäckig weigerte, ein Vertragsverhältnis mit dem Buchbinderverband einzugehen. Nach vielem Widerstreben entschloß sie sich, den Arbeitern durchweg die Löhne zu erhöhen. Die Erhöhungen bewegten sich zwischen 1 und 3½ Pfennig pro Stunde und belaufen sich auf 18,65 Mk. pro Woche oder 980 Mk. pro Jahr. Wenn auch die Zugeständnisse gerade keine Befriedigung bei den Arbeitern auslösten, so wurde aber doch von der Eröffnung eines Streiks abgesehen und die Zugeständnisse akzeptiert. Hinterher fiel der Firma ein, daß in unserem Tarifentwurf von einer zweijährigen Vertragszeit die Rede war und so verlangte sie dann, daß an den vereinbarten Löhnen bis zum 31. Dezember 1914 keine Minderung weder von uns noch von den Arbeitern verlangt werden darf. Auf das Ver-

langen einzugehen, mußte unsererseits wegen der Geringfügigkeit der gemachten Zugeständnisse entschieden abgelehnt werden und wir mußten der Firma die Verantwortung für die Konsequenzen, die ihre nachträgliche Rücknahme der gemachten Zugeständnisse mit sich bringen mußte, überlassen. Diese lenkte jedoch vernünftigerweise ein und teilte uns noch vor der ersten Lohnzahlung mit, daß sie „im Interesse einer friedlichen Beilegung von ihrer Forderung Abstand nimmt“.

Ueber einen Fall ganz besonders krasser Lehrlingsausbeutung, mit der sich die Verwaltung zu beschäftigen hatte, ist an anderer Stelle dieser Nummer berichtet.

Nach dem Bericht des Bibliothekars Wagner hätte die Bibliothek mehr benutzt werden können. Die Berichte der Oblente der Branchenkommissionen ließen erkennen, daß sie keine Mühe gescheut haben, um neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen; leider hatten sie aber zu berechtigten Klagen über mangelhafte Unterstützung der übrigen Kollegenhaft bei ihrer Werbearbeit Anlaß.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß die Funktionäre bemüht gewesen sind, die Interessen der Mitglieder und des Verbandes nach jeder Richtung hin zu wahren. Ein bereits zur Ausführung gebrachter Beschluß der Verwaltung, in dem im Bau befindlichen Gewerkschaftshause Räumlichkeiten für unser Bureau zu mieten, wurde gutgeheißen. Als dann wurde beschlossen, noch Ende dieses Monats die Taribewegung mit einer öffentlichen Versammlung zu eröffnen.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung vom 15. Oktober berichtete Nusheer über das verfllossene Quartal. Der Kassenbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor, und zwar in Gestalt eines „Mittelungsblattes“ der Zahlstelle Hamburg-Altona. Die Verbandskasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 6583,93 Mk. An die Hauptkasse sind eingekandt 2000 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2042,33 Mk. und eine Ausgabe von 1928,29 Mk. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt 7197,56 Mk., die Mitgliederzahl 1380. Zu dem Kassenbericht gab Küster einige Erläuterungen; dabei bemerkend, daß sich das Lokalvermögen in einer erfreulichen Steigerung befinde, so daß wir eventuellen späteren Kämpfen gerüstet gegenüber ständen. So bann Berichtete Küster vom dem Kongreß Deutscher Arbeitsnachweise. Den Bericht von der Kartellisierung erstattete Hofbader. Unter Verschiedenes verwies Lütjohann auf das Inserat in der „Buchbinder-Zeitung“: „Können Sie zeichnen?“ Nach seinen Erfahrungen sei das Inserat nur ein Mittel, der Arbeiterschaft für eine werblose Sache das Geld aus der Tasche zu ziehen. Er behauptet, daß die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ derartige Inserate aufnehme, ja sogar noch einer wohlwollenden Besprechung unterziehe. (Anmerkung der Redaktion: Kollege Lütjohann würde besser getan haben, seine angeblich gemachten Erfahrungen nicht tief in seinem Busen zu verschließen, sondern diese uns mitzuteilen, damit wir seine Angaben auch nachprüfen können. An der Spitze des kritisierten Unternehmens stehen nämlich Personen, die in graphischer und kunstgewerblicher Hinsicht einen Weltruf genießen und bei denen der Vorwurf einer Ausbeutung des Arbeiters als Unsuridität gelten kann.)

Gau 1. In Prenzlau, dem udermärktischen Aderbürgerstädtchen, beginnt es sich jetzt unter unseren Kollegen zu regen. Wäher war es leider nie möglich, in der „Buchb.-Ztg.“ Erfreuliches von Prenzlau zu berichten, denn die Kollegen waren trotz mehrfacher Versuche von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nicht zu überzeugen. Nicht etwa, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte glänzende sind. Es werden zum Teil bei noch 11stündiger Arbeitszeit 18 Mk. gezahlt. Nur durch die Gleichgültigkeit und Unmenschlichkeit konnte die Organisation keinen Boden gewinnen. In letzter Zeit ist jedoch eine Aenderung zum Besseren vor sich gegangen. Durch gefällige Zusammenkünfte und Hausagitation wurden die Kollegen einander näher gebracht und so fand Kollege Demfer-Berlin in der am 19. Oktober stattgefundenen Versammlung, in welcher er über „Welchen Nutzen haben wir vom Deutschen Buchbinder-Verband?“ referierte, aufmerksame Zuhörer. Es ist zu erwarten, daß man mehr der Damm für immer durchbrochen ist, welcher die Kollegen von der Organisation fernhielt, denn alle 7 am Orte beschäftigten Kollegen gehören nunmehr dem Verbands an. Es gilt aber noch, auch die Kolleginnen zu gewinnen, welche unter gleich ungunstigen Verhältnissen ihr Leben fristen müssen. Es heißt also, weiter für unsere Ideen Propaganda zu machen, niemand darf zurückbleiben, damit infolge der Kraft der Organisation Verhältnisse geschaffen werden, mit denen unsere Kollegen zufrieden sein können. Wie daher jeder seine Pflicht



Berlin. Zu dem Artikel in Nr. 42 der „Buchbinder-Zeitung“: „Der Streik in der Berliner Kartonindustrie beendet“, wird uns folgende Be-

richtigung gesandt: Bei Heberstunden muß es heißen, daß für die erste Stunde 15 Pf., für die zweite 20 Pf. und für die dritte 25 Pf. Zuschlag für männliche Arbeiter zu zahlen sind. Arbeiterinnen erhalten für die gleiche Zeit 10 resp. 15 und 20 Pf. Zuschlag. Unter den Nordbestimmungen muß es heißen, daß die Preise für die gesamte Post um 10 Proz. erhöht werden, nicht nur für glatte Post.

Rundschau.

Theodor Bömelsburg †. Nach langandauernder Krankheit, die den Tod als Erlöser erscheinen ließ, ist am 17. Oktober in Hamburg der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Theodor Bömelsburg, verstorben. Bömelsburg war geboren am 27. September 1862 in Westfälen in Westfalen. Er besuchte die Volksschule und erlernte dann das Maurerhandwerk. Als Geselle kam er nach Hamburg, war dort in der Arbeiterbewegung tätig und das ihm entgegengebrachte Vertrauen betief ihn bald in eine Reihe Stellen, in denen sich die in ihm ruhenden Fähigkeiten in harmonischer Weise entwickeln konnten. Seit 1894 stand er als Vorsitzender an der Spitze des Maurerverbandes. Von Anfang an entwickelte Bömelsburg eine außerordentliche Tätigkeit und wenn der Maurerverband unter seiner Leitung so rasch aufblühte, so ist das in hohem Maße mit auf die rastlose Arbeit Bömelsburgs zurückzuführen. Als gewerkschaftlicher Agitator und Organisator, besonders aber auch als Taktiker bei Lohnbewegungen leistete er Außergewöhnliches. Mit größter Ruhe und Besonnenheit konnte er die oft schwierigen Verhandlungen bei Lohnbewegungen führen und fast immer fand er den Weg zu Vermittlungen. Seine Aufgabe war dabei eine doppelt schwierige. Die Unternehmer im Baugewerbe gehören nicht zu den nachgiebigen Unterhändlern, die den berechtigten Forderungen der Arbeiter ohne weiteres Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das mußte Bömelsburg erst noch bei der großen Bauarbeiterausperrung im Frühjahr 1910 erfahren, als ihm die schwierige Aufgabe oblag, zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Sein Ansehen bei den Unternehmern und den großen Einfluß auf seine Kollegen verbanke Bömelsburg seinem schlichten, geraden Charakter und seinem hohen Idealismus, der als leuchtendes Beispiel alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen anspornen sollte. Von ihm stammt der von unsern Gegnern so viel verächtete Ausdruck: „Partei und Gewerkschaften sind eins!“, den er in seiner Schlußrede auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress im Jahre 1902 tat, und den er, den Gegnern zum Trotz, auf dem Kölner Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 unterrichtete. — Von 1903 bis 1911 war Bömelsburg als Vertreter der Stadt Dortmund Mitglied des Reichstages, und nur seine Krankheit verhinderte es, daß er bei den letzten Wahl wieder kandidierte.

Von der Krankheit und dem tragischen Geschick dieses hervorragenden Mannes haben wir im letzten Jahre unsern Mitgliedern mehrfach Kenntnis gegeben. Jetzt ist ihm der unbegreifliche Tod ein Erlöser geworden, und tiefbewegt steht die deutsche Arbeiterchaft an seinem Grabe, sich gelobend, das Andenken, das sich Bömelsburg durch seine rastlose Tätigkeit für ihre Interessen erworben, in dauernden Ehren zu halten.

Die Leitung der „Volkshilfe“ ersucht uns, bekanntzugeben, daß weitere Anstellungen von Personal für den Innen- oder für den Außendienst nicht erfolgen können, solange eine Konzeptionierung der „Volkshilfe“ nicht erfolgt ist, und es deshalb auch zu e d l o s i g e n Bewerbungen schreiben an die „Volkshilfe“ wegen Anstellungen zu richten. Gensowenig ist die „Volkshilfe“ zurzeit in der Lage, über ihre Tarife und Versicherungsbewingungen, solange dieselben nicht vom Kaiserlichen Ausschuss genehmigt worden sind, Näheres mitzuteilen. Dasselbe gilt für Agitationsmaterial, welches erst auf Grund der anerkannten Tarife und Versicherungsbedingungen ausgearbeitet werden kann. Die erfolgte Konzeptionierung wird zu gegebener Zeit durch die Presse allgemein bekanntgegeben werden. Die

Adresse der „Volkshilfe“ ist: Hamburg, Beim Strohhäus 32 I.

Die Schädigung der Nation durch Streiks. Daß es heute noch Leute gibt, die hinter jedem Streik die Hydra der Revolution erblicken, ist bekannt. Unzählig aber sind diejenigen, die noch glauben, Streiks züchten für die Arbeiter wie für die Gewerbe und schließlich für die ganze Volkswirtschaft bedeutenden Schäden nach sich. Wäre letzteres der Fall, dann müßte es mit unserer industriellen Entwicklung recht übel stehen. Es ist aber nicht so. Man kann sehr gut den Nachweis liefern, wie Streiks der nationalen Arbeit — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will — förderlich gewesen sind. Der durch Streiks und Lohnbewegungen erzielte Mehrlohn, die erlangte Arbeitszeitverlängerung, sowie die durch die Kämpfe gewonnene Stabilität in Erwerbsfragen hat der nationalen Arbeit nur nützen können. Tarifverträge, paritätische Arbeitsnachweise, die Unterhaltung von Arbeitslosen und Kranken durch die Gewerkschaften, die Stärkung der Moral in der Arbeiterchaft, alles das sind Dinge, die dazu beigetragen haben, daß Deutschland heute auf eine so glänzende industrielle Entwicklung zurückblicken kann. Wer kein Ignorant ist und wenn der Haß gegen die Gewerkschaften nicht die richtige Ueberlegung geirrt hat, der wird diesen Erfolg der Arbeiterbewegung einsehen. Es stände schlimm um die Millionen Arbeiter, wollten sie auf die Waffe des Streiks verzichten. Heute ist es doch so, daß die Gewerkschaften jeden Fußbreit Boden, der zum wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse führt, erkämpfen müssen. Also: Streiks sind notwendig, will die Arbeiterklasse wirtschaftlich vorwärts kommen.

Wie die Feinde der Arbeiter die Gewerkschaften und die Streiks in Mißkredit zu bringen suchen, dafür gibt ein Artikel ein Schulbeispiel ab, der in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zu finden ist und in dem auf die Schädigung der nationalen Arbeit durch Streiks hingewiesen wird. Als hauptsächlichstes Argument gegen Streiks wurden die Zahlen der verlorenen Arbeitstage infolge der Ausstände angeführt. Innerhalb 12 Jahren seien 47 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen. Es ist richtig, es gehen infolge Streiks der Volkswirtschaft Arbeitstage verloren. In den letzten 12 Jahren waren es 47 Millionen Tage, im Jahre 1911 allein 6 864 240 Tage! Aber diesem „Mühschmerz“ und diesem „Angst“ kann wirksam entgegengewirkt werden, wenn man sich mehr dazu bequemen würde, den Arbeiterwünschen Rechnung zu tragen. Aus Vergnügen streiken die Arbeiter nicht. Also schädigen die Ausstände — was noch bewiesen werden muß — die nationale Arbeit, dann sind die Verantwortlichen für diese Schädigung doch jene Leute, die den Arbeitern den redlichen Anteil am Arbeitsertrag vorenthalten.

Noch einige Bemerkungen zu der Zahl der verloren gegangenen Arbeitstage. Die Herrschaften, die nach jedem Streik solche Berechnungen wie oben anstellen und ausnutzen, sollten sich einmal hinsetzen und nachrechnen, wieviel Tage der nationalen Arbeit verloren gehen, weil man es für gut hält, der Arbeiterklasse in ihrem wirtschaftlich-kulturellen Aufstieg hindernd in den Weg zu treten. Und wie es ferner an dem nötigen Schutz fehlt, den die Arbeiter und ihre Familien verlangen können. Wir weisen auf die Unfallsziffern hin. Im Jahre 1910 wurden bei den Berufsge nossenschaften nicht weniger als 672 961 Unfälle angemeldet. 8857 Arbeiter berufsunfähig, 1072 wurden durch Unfall bölig erwerbsunfähig, 47 696 teilweise und 74 439 Arbeiter vorübergehend. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ mag einmal nachrechnen, wieviel Unfälle hätten vermieden werden können, wenn den Arbeitern der nötige Schutz gewährleistet worden wäre? Wir behaupten, die Hälfte Unfälle hätten sich vermeiden lassen, wenn man in dem Arbeiter mehr den Menschen gesehen hätte, nicht das Ausbeutungsobjekt.

Im Jahre 1910 kamen insgesamt in den deutschen Krankenkassen 5 712 293 Krankheitsfälle mit insgesamt 113 630 003 Arbeitstagen, für die Krankengelder gezahlt wurden, vor. Wer will bestreiten, daß bei gesunden Arbeitsverhältnissen sich nicht die Hälfte der Krankheiten verhindern lasse? Die verbleibende Krankheitsziffer wäre dann immer noch hoch. Wollen sich die Unternehmerföhlde nicht einmal hinsetzen und die Lebensdauer der Arbeiter mit der der Nichtstuer, überhaupt oder besser Situierten vergleichen? Was da an Tagen, Jahren und Leben den Arbeitern gestohlen wird, schreit zum Himmel! Und alles das infolge der kapitalistischen Ausbeutung! Millionen und Abermillionen Tage lassen sich herausholen, die der nationalen Arbeit in einzelnen Jahren verloren gehen.

Das ist sicher, die Gewerkschaftskämpfe der Arbeiter verhindern vieles, sonst läße es noch schlimmer aus. Wir gehen nicht fehl, wenn wir schreiben, daß der moderne Arbeiterkampf — sozial, politisch, geistig und wirtschaftlich — der Volkswirtschaft jährlich mehr Arbeitstage erspart, als durch die Streiks verloren gehen. Das wissen die literarischen Klopfschreier sehr wohl. Aber ihnen kommt es nicht darauf an, der Wahrheit die Ehre zu geben und der nationalen Arbeit wirklich zu dienen. Ihnen geht die Verleumdung der kämpfenden Arbeiterchaft über alles. Deshalb auch das Geschrei über die durch Streiks verlorenen Arbeitstage.

Die drei großen deutschen Syndikate. Kohle und Eisen sind Rohstoffe der Industrie, Kali ist das unentbehrlichste Hilfsmittel der Landwirtschaft. Alle drei Produkte sind in Deutschland schon seit langen Jahren scharf syndiziert. Die Politik der Stahlwertsgewaltigen wird von Hunderttausenden und Millionen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Furcht vor dem Wucher des Kohlen-syndikats sitzt bei jedem Herz auch im letzten Armeutelehaus. Das Kalisyndikat ist die erste Vereinigung unter staatlicher Hilfe; sie ist ein prinzipieller Sieg aller derer, denen das privatkapitalistische Syndikat ewigen Krieg erklärt hat — der Arbeiter.

Kohle und Eisen, auf der anderen Seite Kali, sind aber zugleich auch ein Maßstab untrüglicher Art für das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt uns 12 Jahre Entwicklung des Kohlen-syndikats und der gesamten deutschen Steinkohlenförderung.

Table with 2 columns: Year and Tonnage. Rows for 1899-1904 and 1905-1911.

In 12 Jahren stieg Deutschlands Steinkohlenförderung von 101,6 Millionen Tonnen auf 150,7 Millionen! Das ist der mathematische Beweis einer fortlaufenden beispiellosen Entwicklung der Großindustrie. Der Anteil des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats an diesen Ziffern für die Jahre 1909 bis 1912 sieht so aus:

Table with 3 columns: Year, Tonnage, and Percentage.

Die proportionale Macht des Kohlen-syndikats wird in gleichem Tempo mit der Entwicklung der deutschen Kohlenförderung überhaupt fortgesetzt größer.

Das gleiche trifft auf den Stahlwertverband zu. Der Stahlwertverband ist 1912 erneuert worden, allerdings auf anderer Basis. Während im alten Syndikat auch die sog. B-Produkte, Bleche, Röhren usw., mit syndiziert waren, ist jetzt nur noch Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen — alles Produkte A — vereinigt. Schon diese Veränderung ist ein Beweis für die industrielle Umwälzung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Wie die Stahlwertverbandsmacht an den A-Produkten gewachsen ist, zeigen die folgenden Ziffern:

Table with 4 columns: Year, Tonnage, and other metrics.

Auch hier der alte Beweis: in vier Jahren der aufwärtschreitenden Konjunktur rund 450 000 Tonnen Halbzeug mehr! Der Kapitalismus schreitet vorwärts!

Die Produktion an Kali, an dem unentbehrlichen Düngesalz der Landwirtschaft, an dem unbedingt notwendigen Hilfsmittel zur Ernährung der nach Millionen zählenden Industriearbeitermassen, betrug im Syndikat:

Table with 2 columns: Year and Tonnage.

In drei Jahren ein Sprung um 2,4 Millionen Doppelzentner nach vorwärts! Deutschlands Anteil an der deutschen Kaliproduktion — in anderen Ländern gibt es zurzeit noch keine nennenswerte Kaliproduktion — betrug von 1905 bis 1910 2,0, 2,3, 2,4, 2,7, 3,0 und 3,6 Millionen Doppelzentner. Also nur ein Drittel des Düngesalzes wird in Deutschland verbraucht; die anderen zwei Drittel versorgen die Weltlandwirtschaft mit Stickstoffmaterialien.

Ganz gleich, unter welchem Gesichtspunkt die Ziffern der Kohlen-, Eisen- oder Kaliproduktion be-

trächtet werden: sie sprechen immer dasselbe aus. Stets gewaltiger und riesiger wird die industrielle Produktion der notwendigsten Verbrauchsstoffe, und damit wächst auch ständig jede Art von Produktion. Immer mächtiger erscheinen die Großsyndikate auf dem Plan. Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber auch schon einen Weg gezeigt, auf dem es auf der Buchermacht der privaten Syndikate hinausgeht. Es ist die Organisation des Kalisyndikats, das, nach parlamentarischem Kommando unter der Kontrolle der Allgemeinheit geschaffen, den Arbeitern bestimmte Bedingungen laut Gesetz gewährleisten muß. Das ist ein Weg! Der andere, für uns immer wieder der wichtigste, ist: den letzten Arbeiter über seine Stellung in Staat und Gesellschaft aufklären, ihn aufrütteln und organisieren. Der wachsende Kapitalismus soll und muß auch den letzten Proletarier lebendig machen. Unter dem Gesichtspunkt können uns die wachsenden Produktionsziffern der wichtigsten Verbrauchsstoffe ein Zeichen für das Wachen der Arbeiterbewegung, für die Steigerung ihrer Macht sein!

### Abrechnungen

Im 3. Quartal gingen weiter bis zum 22. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Frankfurt a. O. mit 100 Mk., Kottbus 250 Mk., Rathenow 500 Mk., Königsberg 225,97 Mk., Gau 4 300 Mk., Breslau 450 Mk., Bries 550 Mk., Dessau 150 Mk., Bremen 675 Mk., Kottbus — Mk., Braunschweig 300 Mk., Detmold 69,64 Mk., Jena 75 Mk., Saalfeld 82,62 Mk., Zeitz 84,82 Mk., Düsseldorf 731,35 Mk., Krefeld 900 Mk., Langerfeld-Schwelm 100 Mk., Hanau 468,17 Mk., Mainz 150 Mk., Chemnitz 1500 Mk., Hartmannsdorf 100 Mk., Limbach 561,58 Mk., Würzen 450 Mk., Zittau-Seyda 130 Mk., Wannheim-Sudwigschafen 750 Mk., Trier 107,21 Mk., Gau

14/15 500 Mk., Vahr 500 Mk., Straßburg 300 Mk., Gau 17 200 Mk. und von München mit 2900 Mk. G. Haueisen.

### Adressenänderungen.

**Örtliche Bevollmächtigte.**  
Erfurt. R. Mähler, Bülowstr. 11a II r.  
**Unterstützungs-Auszahler.**  
Kostod. O. Pantow, Bümpferstr. 18 I.

### Briefkasten.

M. R. in D. Inserat kostet 1,60 Mk. Glückwünsche usw. werden mit 40 Pf. pro Zeile berechnet.

### Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Dieß Nachf., Stuttgart, ist erschienen: „Der Kapitalismus im Altertum“. Studien über die römische Wirtschaftsgeschichte von Joseph Salvioli, Professor an der Universität Neapel. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.  
Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die Anfänge des Reichtums. — Das mobile Kapital. — Der Großgrundbesitz. — Das kleine Grundeigentum. — Die Güterproduktion. — Die landwirtschaftliche Produktion. — Der Kapitalismus. — Die Wirtschaftsverfassung. — Der wirtschaftliche Zusammenbruch. — Die Wirtschaft des Altertums.  
Wilhelm Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland ist soeben in der früher schon angekündigten, durch die Chemnitzer Beschlüsse in der Organisationsfrage vervollständigten Ausgabe erschienen. Das inhaltsreiche Werkchen bildet die Hefte 4 und 5 der im Verlage von Kadon u. Co. in Dresden erscheinenden „H-

andlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung“. Das Doppelheft kostet 75 Pf. Es sollte bei keinem aufgeklärten Arbeiter fehlen, der die Geschichte seiner eigenen organisierten Klassenbewegung kennen will. Das Buch ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Wilhelm Lamfzus, Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg. Verlag Alfred Janßen, Hamburg und Berlin. 1912. 1 Mk.

Als wir im letzten Sommer nahe daran waren, in jenen entscheidenden Krieg gestürzt zu werden, wußte keiner, wie dieser Krieg enden würde. Daß aber jenes drohende Gespenst unsere Volkseele erschreckt und erschüttert hat, zeigt dieses neu erschienene Dokument unserer Zeit. Es ist nicht das geist- und bilberprühende Kunstwerk eines Literaten, sondern die Niederschrift eines Volksgenossen, eines jener „Soldaten ohne Rang und Charge“, die bereit sind mit ins Feld marschieren müssen.

Ein Landwehrmann, der von Haus und Familie muß, hat uns seine Gedanken niedergeschrieben. Er hat sich so in diesen Krieg hineingebacht, bis ihn die Bilder und Szenen überwältigten, bis ihm der Krieg von morgen zum Erlebnis ward. Zwar weiß er uns keine amüsanten Kriegsromanen zu erzählen. Es flattern keine Fahnen und es jauchzt auch keine Kriegsmusik. Maschinen arbeiten und schlachten Regimenter ab: es ist der Krieg der Dynamitkräfte, der Nitrosäure. So nackt und dürr, entleert jeglicher Romantik stieg das Schlachthaus der Erde wohl kaum bisher vor unseren Augen auf.

**Wichtige Steuerersparnis.** Ein Selbstschutz gegen zu hohe Steuern. Unter Benützung der preussischen Einkommen- und Ergänzungssteuergesetze vom 26. Mai 1909 sowie der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, bearbeitet von C. Weilandt. Im Selbstverlage, Berlin, Kripprodestr. 1 a, 1912. 32 Seiten 8°. Preis 1 Mk.

# ANZEIGEN

Zur Vermählung unserer lieben Kollegin **Martha Lenz** mit Herrn **Wilib. Kuhle** und des Kollegen **Fritz Grünberg** mit Fräulein **Ida Kalisch** die herzlichsten Glückwünsche.  
**Zahlstelle Luckenwalde.**

Unserer lieben Kollegin **Ernestine Schiele** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kolleginnen u. Kollegen d. Firma **Wohr & Weber, Frankfurt a. M.**

Unsern lieben Kollegen **Paul Langer** und seiner Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
**Zahlstelle Burgstädt.**

Unsern lieben Kollegen **Josef v. Gistel** nebst seiner wertigen Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Zahlstelle Wiesbaden.**

Unserer lieben Kollegin **Johanna Wudde** nebst Bräutigam zur Vermählung die besten Glückwünsche.  
**Zahlstelle Karlsruhe.**

Unsern lieben Kollegen **Alfred Schattenberg** und seiner lieben Braut **Lina Ernst** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Zahlstelle Eisenach.**

Unserem Kollegen **Arnulf Kupfer** zu seiner Abreise ein herzlichstes Lebewohl.  
Die organisierten Kolleginnen u. Kollegen d. Hofbuchdruckerei S. W. Gaußhild, Bremen.

### Tüchtiger Buchbinder,

Sortimenter, der auch exakter, gehandelter Preßergoldder ist, findet per sofort dauernde Stellung. Bevorzugt werden diejenigen, welche in Kontobüchern und Musterkarten behandelt sind. Offerten mit Lohnansprüchen zu richten unter „Buchbinder“ an die Central-Annoncen-Expedition L. u. C. Meißel & Co., Lodz.

### Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.

Dienstag, den 5. November 1912, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I

### Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Verlesung des Protokolls der General-Versammlung vom 23. 4. 1912.
2. Ergänzungswahl zum Vorstand (2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer).
3. Beschlußfassung über das Weiterbestehen der Kasse als besondere Ortskrankenkasse nach Artikel 17 und 18 des Einführungs-Gesetzes zur R.V.D.
4. Antrag des Vorstandes: Erhöhung der Beiträge auf 4 1/2 %.
5. Verschiedenes.

R. Gottesmann, Vorsitzender.  
F. Reefe, Schriftführer.

### J. F. Schreiber, Esslingen a. N.

Spezialitäten:

Bilderbücher zu allen Preisen und in allen Ausstattungen o Mal- und Zeichenbücher o Kindertheater, Theaterdekorationen und Spiele o Feine Modellierbogen o Modellierlampenschirme o Krippen o Christbaumschmuck o Ofenbilder o Mospuppen o Bilderbogen o Wappenbilder o Inschriften o Mauerpapiere o Tapeten für Puppenstuben o Laubsägevorlagen o Vorlagen für Kerbschnitzerei  
: Kleineseisenarbeiten o Arbeiten aus Zigarrenkistenholz usw. usw. :  
: Vorlagen für den neuzeitlichen Handfertigkeitunterricht :  
Ausführliche illustrierte Prospekte und Kataloge gratis.

o o o o **Erstklassige zugkräftige Neuheiten 1912** o o o o

### Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1,— Mk. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mk.

### Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto  
für Nichtmitglieder 1,10 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition Berlin S. 59, Urbanstr. 63, I.

**Zahlstelle Berlin.**  
**Jugend-Abteilung.**  
Sonntag, den 3. November  
**Befichtigung der Wohlfahrts-Ausstellung.**  
Treffpunkt mittags 1 Uhr an der Hochbahnstation „Am Antee“ in Charlottenburg.

Wer kennt den Aufenthalt der Buchbinder **Oskar Wiedemann** aus Limbach (Sachsen), **Johann Johann** aus Immenstadt (Bayern)? Um Angabe der Adressen dieser bittet die **Zahlstelle Köln.**

### Ein Buchbinder,

der mit der ganzautomatischen Falzmaschine (Preuße & Co.) völlig vertraut ist, per sofort gesucht.

**Böttcher & Bongartz,**  
Leipzig, Talstr. 29.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
**O. Th. Winckler, Leipzig**